

# ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

*Kundschafter des Friedens „Topas“ schreibt exklusiv für „Rotfuchs“*

## Kuba bedroht niemanden!

Eine Studie kam jüngst zu diesem erstaunlichen Schluß, erstaunlich allerdings nur, weil er von Experten des USA-Verteidigungsministeriums in Washington gezogen wurde. Vor einem Jahr hatte der amerikanische Kongreß vom Pentagon Klarheit darüber verlangt, welche militärische Bedrohung Fidel Castros Kuba darstelle. Am 31. März 1998 sollte der Bericht dem Kongreß vorgelegt

Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der USA erklärte sogar, der Bericht müßte nochmals überarbeitet werden, „um zu gewährleisten, daß die Regierung in Bezug auf Kuba mit einer Stimme spricht“. Dabei gehe es hauptsächlich um „Formulierungen und Phraseologie“. Mit anderen Worten: Der Bericht soll so zurecht geknetet werden, daß er sich mit der gegenüber früher nur leicht



*„Herren Imperialisten! Wir haben absolut keine Angst vor Ihnen!“  
(Diese Losung steht genau gegenüber der USA-Vertretung in Havanna)*

werden. Obwohl er fertig war, kam es nicht dazu. Die Clinton-Regierung hatte die Vorlage gestoppt. Wie in solchen Fällen üblich, wurde deren Inhalt aber trotzdem schnell bekannt.

Noch am selben Tag berichtete die „Washington Post“, der Bericht habe hervorgehoben, daß die kubanischen Streitkräfte erheblich reduziert worden seien. Sie wären nur auf die Verteidigung Kubas ausgerichtet und unternähmen keinerlei offensive Aktivitäten. Eine klare und eindeutige Aussage der amerikanischen Militärs, die die tatsächliche Lage sicherlich wahrheitsgetreu wiedergibt. Leider zu wahrheitsgetreu.

Kaum hatten die Politiker der Clinton-Administration vom Inhalt des Berichts erfahren, wurde dieser nämlich erst einmal auf Eis gelegt. Seine Verfasser hatten gegen ein ehernes Gesetz verstoßen: daß nicht sein kann, was nicht sein darf!

Natürlich wollten die Medien nun wissen, warum ein fertiggestellter und obendrein angekündigter Bericht dem Kongreß vorenthalten wurde. „Um ihn präsentabler zu machen“, zitierte die „Washington Post“ einen hochrangigen Regierungsbeamten. Und ein

modifizierten Kuba-Politik der Regierung deckt.

Wie die geübten Phrasendrescher und politischen Manipulatoren in Washington dabei vorgehen wollen wurde klar, als ein mit der Materie Befäßer erklärte, unter anderem müsse der Teil des Berichts schärfer formuliert werden, der sich mit Kubas potentieller Fähigkeit zur Erzeugung biologischer Kampfstoffe befaßt. Zwar betonte er, die USA unterstellten Kuba nicht den Besitz solcher Waffen, ließ aber zugleich „Sorge“ durchblicken: „Wir können nicht ausschließen, daß eine solche Fähigkeit existiert“. Geschickt eingefädelt, denn Kampfstoffe dieser Art lassen sich natürlich in nahezu jedem biochemischen Labor, von denen es auch in Kuba etliche gibt, unschwer herstellen.

So wird die Öffentlichkeit manipuliert, damit sie eine gefährliche Bedrohung auch dort erblickt, wo es gar keine gibt. Die Kunst der „Terminologie und Phraseologie“ wird aber nicht nur in Washington perfekt beherrscht. Auch in Bonn besitzt sie gelehrige Adepten.

**Rainer Rupp**  
Justizvollzugsanstalt Saarbrücken

## INHALT

<b>Gedanken zu einer Anzeige</b>	S. 2
* Alter und neuer Faschismus	
<b>14. Parteitag der DKP</b>	S. 3
Diskussionsrede von Bruni Steiniger	
<b>Über die Konterrevolution, ihre Opfer und uns</b>	S. 4
<b>War das falsch?</b>	S. 4
* Aus dem Programm der SED	
<b>Kompetenz mit Herz</b>	S. 4
* Volkssolidarität Weißensee	
<b>„Der Schandfleck muß weg“</b>	S. 5
* Der Palast der Republik	
<b>Thälmann-Gedenkstätte nicht förderungswürdig</b>	S. 6
<b>Unser Revier</b>	S. 6
* Berlin-Marzahn	
<b>Ein kommunistischer Arbeiterführer</b>	S. 7
* Zum 100. Geburtstag von Max Reimann	
<b>„Globalisierung“</b>	S. 8
<b>Kostbares Manifest</b>	S. 8
<b>M.A.I.: Demokratie als Kostenfaktor</b>	S. 9
<b>Leserbriefe</b>	S. 9
<b>Solidarität mit unseren politischen Gefangenen</b>	S. 12
<b>Hut ab vor IM Heinrich!</b>	S. 13
* Die Wortmeldung des Schriftstellers E. Köhler auf der 3. Tagung des P.E.N. (Ost)	
<b>Gruß an Willi Stoph</b>	S. 13
<b>Am Rande bemerkt</b>	S. 14
* Kultur und Politik	
<b>Die Deutsche Einheit</b>	S. 14
* Gedicht von Prof. Heinz Kamnitzer	
<b>Reporterskizzen (1)</b>	S. 15
* Bei „Mohrs“ Urenkel zu Gast	
<b>Termine &amp; Infos</b>	S. 16

## Gedanken zu einer Anzeige

Die Älteren werden sich an den Anblick ähnlicher Anzeigen erinnern, die während des faschistischen Weltkrieges in zunehmender Zahl in deutschen Zeitungen von jenen Soldaten kündeten, die beim Raubzug des deutschen Imperialismus auf den Schlachtfeldern „für Führer, Volk und Vaterland“ ihr Leben ließen.

Diese Annonce hingegen erschien erst jüngst in der „Frankfurter Allgemeinen



Zeitung“, kurz FAZ genannt. Auch im Lichte des jüngsten Wahlerfolges der rechtsextremen DVU in Sachsen-Anhalt und der wachsenden faschistischen Gefahr in Deutschland ist diese Anzeige in mancherlei Hinsicht bemerkenswert.

In offenkundiger Anspielung auf die - von den deutschen Massenmedien „umstrittenen“ genannte - Ausstellung über die Verbrechen der faschistischen Wehrmacht während des II. Weltkrieges, beklagt der Verfasser der Anzeige die „Verunglimpfung“ jener, die „für das Vaterland“ ihr Leben „geopfert“ hätten.

Es geht hier um viel mehr als um einen Unbelehrbaren, der das Nazi-Deutschland immer noch als „Vaterland“ empfindet und keinen Gedanken daran verschwendet, daß jene, deren „Opfertod“ er nochmals zu ehren für nötig erachtet, jedes Recht und alle Menschlichkeit mißachtend, einen barbarischen Vernichtungskrieg gegen andere Völker führten.

Jener Herr, für den Antifaschisten „Verunglimpfer des Vaterlands“ sind, ist ebenso wenig ein „Einzelfall“, wie die Kette der Nazi-Skandale in der Bundeswehr.

Es ist auch kein Zufall, daß diese Annonce gerade in der FAZ erschien, dem Blatt der deutschen Großbourgeoisie, jener Klasse,

die, geleitet von Raub- und Profitgier, die Hauptverantwortung für die Weltkriege trägt, die der deutsche Imperialismus in diesem Jahrhundert vom Zaun gebrochen hat. So entspricht es nur der Logik großbürgerlicher Ideologie, wenn die Zeitung des deutschen Kapitals unter dem Zeichen des Deutschen Kreuzes der Verteidigung faschistischer Kriegerehre bedenkenlos Raum gibt.

Es ist derselbe Geist bundesdeutscher Politik, der es ermöglichte, daß Bundeswehrkasernen Namen von Nazigeneralen erhielten, während die Namen von Antifaschisten aus dem Straßenbild getilgt wurden, daß erwiesene Kriegsverbrecher, die sich bei ihrem Raubzug ein Wehwechen einfließen, bis heute eine „Opfer(!)rente“ erhalten, während Antifaschisten die Renten gekürzt werden, weil sie für den antifaschistischen deutschen Staat, die DDR, eingetreten waren.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, sagte B. Brecht nach dem Ende Hitlerdeutschlands und meinte die Fortexistenz des deutschen Imperialismus in der BRD, der das Monster Faschismus geboren hatte. Dieser Satz ist aktueller denn je.

Um so heftiger das kapitalistische System in die Krise gerät, Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau die einfachen Menschen treffen und sich die Kleinbürger um ihren Wohlstand ängstigen, desto spürbarer der Aufwind für die alten Parolen vom starken Mann für's starke Deutschland, entlädt sich der schuldzuweisende Haß gegen „die Ausländer“, die am einst gesunden deutschen Volkskörper „schmarotzen“ und dem deutschen Arbeiter die Arbeit „wegnehmen“. Nicht eben wenige geben der Versuchung nach - selbst von den Mächtigen getreten - ihrerseits nach noch Schwächeren zu treten.

Der Erfolg der Hetzparolen der Alt- und Neonazis, die sich so erschreckend im Erstarken von DVU, NPD oder Republikanern widerspiegeln, sind eben auch ein Ergebnis der Verfaßtheit einer Bundesrepublik, die nicht nur nicht mit der faschistischen Vergangenheit gebrochen hat, sondern der im Gegenteil Antifaschismus als antiimperialistische Haltung seit jeher skeptisch ist.

**K.U.L.**

Hardy Worm (1896 bis 1973)

## Die Verrückten

Ein Student der Rechte wurde neulich an der Universität einer Prüfung unterworfen. Obwohl er emsig gebüffelt hatte, war er bei der mündlichen Prüfung so verdattert, daß er bei Beantwortung der Fragen das Nächstliegende übersah. So kam es, daß, als ihn der Professor fragte, wer nach dem Strafgesetz als unzurechnungsfähig gelte, er die wichtigste Gruppe, die der Sinnesverwirrten, vergaß.

Der Professor will ihm eine Gedankenbrücke bauen und sagt: „Sie lesen doch täglich die Zeitung. Und da werden doch in den Prozeßberichten häufig Angeklagte erwähnt, die bei Begehung des Verbrechens weder minderjährig noch betrunken waren, die auch nicht in Notwehr gehandelt haben und dennoch fast ausnahmslos von den Gerichten freigesprochen werden.“

Dem Studenten perlt der Schweiß von der Stirn. Plötzlich atmet er auf und sagt triumphierend: „Die Nationalsozialisten, Herr Professor!“

(1932)

## Schuld und Sühne

Zwei Reporter, ein Franzose und ein Deutscher, chartern in Paris ein Auto und jagen nach Cherbourg, um ihren Zeitungen vom Brand des Riesendampfers „Atlantique“ berichten zu können. Als sie sich auf dem Telegrafenturm wieder treffen, fragt der Deutsche: „Haben Sie eigentlich was davon gehört, ob die Schuldfrage schon geklärt ist?“ „Absolutement rien. Nicht das geringste!“ zuckt der französische Kollege die Achseln. „Die Untersuchung ist bis jetzt völlig ergebnislos verlaufen.“

„Schöne Schlampe!“ sagt der Deutsche kopfschüttelnd. „Bei uns hätte man in so einem Fall mindestens schon dreißig Kommunisten verhaftet!“

(1933)

Hardy Worm war ein den Kommunisten nahestehender Journalist. 1918/19 gehörte er einem Soldatenrat an. 1919 wurde er wegen „staatsumstürzlerischer Umtriebe“ ins Gefängnis geworfen. 1933 emigrierte er.

# Diskussionsrede von Bruni Steiniger auf dem 14. Parteitag der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen!

Waren wir DKP-Mitglieder aus der DDR - ich selbst komme aus der Gruppe Berlin-Nordost - auf dem 12. Parteitag in Mannheim nur die ersten Schwalben am Himmel der Partei und auf dem 13. Parteitag in Dortmund nicht mehr als ein kleiner Schwarm, so sind wir heute zwar noch weit davon entfernt, die Sonne zu verdunkeln - doch deutlich mehr, das sind wir allemal. Für die Tatsache, daß die DKP inzwischen eine in der früheren DDR allmählich Fuß fassende gesamtdeutsche Partei geworden ist, spricht die Teilnahme von Genossinnen und Genossen aus Brandenburg, Thüringen, Berlin, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, die auf unserem Parteitag eine nicht unbeträchtliche Zahl in den letzten zwei Jahren neugegründeter DKP-Gruppen vertreten. Nach Berlin ist unterdessen auch Brandenburg zu einer eigenen Bezirksorganisation aufgerückt.

Laßt mich hier über spezifische Fragen und Probleme der ostdeutschen DKP-Mitglieder, ihre Herkunft und ihre Biografien, ihre Stärken und Schwächen ein paar Worte sagen. Vor allem aber über ihren Nutzen für die jetzt aus zwei ganz unterschiedlichen Quellen Zufluß erhaltende und sich damit zwangsläufig verändernde gesamtdeutsche kommunistische Partei. Ich will euch an meinem eigenen Beispiel etwas mehr oder weniger Allgemeingültiges veranschaulichen, das auf sehr viele Genossinnen und Genossen aus dem Osten zutrifft: Herkömmlich ein Dorfkind aus Mecklenburg, das in der DDR Lehrerin werden konnte, gehöre ich nun seit Mai 1992 der DKP an. Das ist eine relativ kurze Zeitspanne und in den ersten Jahren betrachteten mich nicht wenige alte DKP-Hasen gleichsam als blutige Anfängerin. Aber ich bin natürlich schon sehr viel länger in der Partei. 1969 bin ich der SED - der marxistisch-leninistischen Partei der DDR - als 19jährige Studentin beigetreten. Die SED hat mich politisch geformt, zur Disziplin erzogen und dann vor immer kompliziertere Aufgaben gestellt. Bevor ich, nach Absolvierung eines einjährigen Studiums an der Bezirksparteischule und schließlich nach dem Besuch der Parteihochschule eine Tätigkeit im Zentralkomitee aufnahm, war ich sieben Jahre lang Mitglied des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt. Ich habe das nicht erwähnt, um mich hier auf alberne Weise in Positur zu setzen. Die anderen Delegierten aus dem Osten könnten Euch Ähnliches oder Bemerkenswerteres zu ihrer persönlichen Entwicklung berichten. Wenn aus uns unter sozialistischen Bedingungen gute Fachleute der verschiedensten praktischen und geistigen Bereiche wurden - und das gilt besonders für die Frauen -, dann ist das in erster Linie auf die Kapitalismus überlegene Gesellschaftsordnung der DDR zurückzu-

führen. Nach unserer Niederlage und dem Sieg der Konterrevolution wurde dieses unerwünschte Potential von den Siegern stillgelegt. Man brauchte uns nicht mehr. Umso glücklicher sind wir deshalb, daß wir unsere Arbeits-, Partei- und Lebenserfahrungen in eine gesamtdeutsche kommunistische Partei einbringen, daß wir der DKP damit nützen können.

Hier möchte ich ein Wort an jene westdeutschen Genossinnen und Genossen richten, die der DKP schon vor 1989/90 angehörten. Es ist ein Wort des Dankes für ihren oft genug mit Nackenschlägen, persönlichen Opfern, Berufsverboten und anderen Formen scharfer Verfolgung durch den Staat des Klassenfeindes beantworteten Einsatz für die Anerkennung und Verteidigung der DDR im Westen. Wir einstigen DDR-Kommunisten werden nie vergessen, daß es zuerst die Mitglieder der KPD und dann die der DKP waren, die mutig und unbeirrbar gegen die Verleugnung und Verleumdung der DDR kämpften.

Es versteht sich von selbst, daß wir früheren DDR-Bürger zugleich Gebende und Nehmende in unserer gemeinsamen Partei sind. Wir haben bereits sehr viel von unseren westdeutschen Genossinnen und Genossen, von deren jahrzehntelanger illegaler und legaler Erfahrung im harten antikapitalistischen Klassenkampf gelernt. So bin ich davon überzeugt, daß aus dem nicht immer leichten und konfliktlosen Zusammenwachsen west- und ostdeutscher Kommunisten eine neue DKP-Legierung entstehen wird, die in der Welt aufgrund der Einzigartigkeit der Entwicklung dieser aus zwei Erfahrungsströmen gespeisten Partei ihresgleichen sucht. Lediglich in Vietnam hat es ein ähnliches Zusammenfließen gegeben.

Im Unterschied zu anderen, die vom Nutzen der gesamtdeutschen Orientierung der DKP nicht mehr so ganz überzeugt zu sein scheinen - es gibt ja auch Stimmen, die jetzt davon sprechen, man hätte die beiden Landeshälften lieber in zwei säuberlich voneinander getrennte „Einflußsphären“ (PDS im Osten, DKP im Westen) aufteilen sollen -, stehe ich hundertprozentig zum Beschluß des Mannheimer Parteitags, die DKP, ihre Presse und Organisation auf ganz Deutschland auszuweiten.

Ich wende mich zugleich gegen die in einem nichtgezeichneten Artikel auf Seite 1 der heutigen UZ vertretene These, die DKP habe gewissermaßen ein „Ostproblem“ und müsse die „inhaltlichen Differenzen“ ihrer Ost- und Westmitglieder aushalten. Meiner Ansicht nach sollte man substantielle Meinungsverschiedenheiten inhaltlich klären und sie nicht in regionale oder mentale Unterschiede umdeuten.

Noch eine mir wichtig erscheinende Überlegung: Nach dem Untergang von SED und

SEW ist die DKP die einzige unter den drei an Marx, Engels und Lenin orientierten großen Parteien, welche es vor 1990 in Deutschland gegeben hat, die als kommunistische Partei des Klassenkampfes und des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus erhalten geblieben ist. Die DKP steht damit in der historischen Pflicht, alles in sich aufzunehmen und zu bewahren, was die eigentliche Substanz der kämpferischen Arbeiterbewegung unseres Landes seit jeher ausmacht. Wir müssen uns bewußt und gewollt in die gesamte Tradition dieser Bewegung stellen, die von der revolutionären deutschen Sozialdemokratie August Bebels und Wilhelm Liebknechts über Rosas und Karls Spartakusbund und die KPD von Thälmann, Pieck und Reimann bis zu SED, SEW und DKP führt.

Wir dürfen dabei keines dieser Glieder auslassen. Deshalb habe ich auch davon gesprochen, daß ich nicht erst seit 1992, sondern bereits seit 1969 in der Partei bin. Wir Genossinnen und Genossen aus dem Osten sind nämlich auf unsere oft langjährige SED-Zugehörigkeit trotz aller sich einstellenden Defizite - wo gab es sie nicht?! - und trotz des Debakels am Ende keineswegs weniger stolz als die westdeutschen Kommunisten auf ihre dementsprechende Mitgliedschaft in KPD und DKP. Übrigens hat auch die SED in ihrer Geschichte kluge und vernünftige programmatische Dokumente zustandegebracht, die man bei theoretischer Arbeit ohne Erröten oder Berührungangst durchaus zu Rate ziehen könnte.

Ein letztes Wort noch zu dieser Thematik. In der PDS, die ich als unverzichtbare linke Kraft betrachte und für deren Wiedereinzug in den Bundestag ich eintrete, begann die ideologische Misere, als gewisse Leute Lenin von Marx abkoppelten, dem Leninismus eine Absage erteilten und statt seiner Kautsky und Bernstein sowie den „Dritten Weg“ propagierten. Das hat mich und Zehntausende andere aus dieser Partei vertrieben und nicht wenige von uns zur DKP geführt. Zu den besonderen Erfahrungen der DKP-Genossen aus dem Osten gehört dieses Erlebnis, das sich unauslöschlich in unser Gedächtnis eingepreßt hat. So setzen wir uns ganz besonders für die unzertrennliche Einheit von Marxismus und Leninismus ein, so sind wir von der am Leben geprüften Gültigkeit der Leninschen Partei-, Staats- und Revolutionstheorie, von seiner wissenschaftlich exakten Imperialismuslehre zutiefst überzeugt. Aber, entschuldigt, Genossinnen und Genossen, ich trage ja damit sicher nur Eulen nach Athen.

Im Namen der DKP-Gruppe Berlin-Nordost, die mir in einstimmiger Wahl ein Delegiertenmandat zum Parteitag erteilt hat, versichere ich Euch, daß wir auch weiterhin alle Kräfte für den Kampf um unsere gemeinsamen kommunistischen Ziele einsetzen werden

*Die Volkssolidarität Weißensee stellt sich vor*

## Kompetenz mit Herz



Von den über 500 000 Mitgliedern des größten Wohlfahrtsverbandes in Ostdeutschland haben sich allein in Berlin ca. 40.000 und im Stadtbezirk Weißensee etwa 1.600 Bürger unserem Verband angeschlossen. Mitarbeiter und zahl-

reiche freiwillige Helfer handeln nach dem Motto der Satzung der Volkssolidarität, „... Rat- und Hilfesuchende, behinderte Menschen, unabhängig von ihrem Alter und Geschlecht sowie ihrer sonstigen gesellschaftlichen Zugehörigkeit zu unterstützen und hilfreich zu begleiten, ihre Lebensqualität und ihr Selbstbewußtsein zu fördern ...“ So wie bei ihrer Gründung 1945 wird in der Volkssolidarität auch heute und gerade unter den derzeitigen Bedingungen der Leitspruch „MITEINANDER-FÜREINANDER“ als soziales Engagement wirklich groß geschrieben.

Wir verstehen uns als Interessenvertretung der älteren Generation. Viele Menschen nehmen - je nach Bedarf - in den 16 Weißenseer Ortsgruppen häusliche Krankenpflege, z.B. nach einem Krankenhausaufenthalt, eine Behandlungspflege oder eine hauswirtschaftliche Versorgung durch die Sozialstation in der Gounod-Str. 49-57

(Tel.: 927 05 10) gern in Anspruch. Nicht anders verhält es sich mit der Hilfe bei Dienstleistungen, dem sozialen Putzmobil oder dem fahrbaren Mittagstisch. Besonders dankbar sind unsere älteren Menschen für die Beratung und Unterstützung bei der Erledigung von „Behördenkram“.

Unser Mobiler Hilfedienst (Tel.: 923 03 46) bietet u.a. Blindenführungen, Rollstuhlschiebedienste, Begleitung zu Dienststellen, zum Friseur, aber auch zu Veranstaltungen an. Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat ist unsere Wandergruppe unterwegs. Regen Gebrauch machen unsere Freunde der Volkssolidarität von den Einladungen des „Reiseclubs“ für Senioren, zu Fahrten in deutsche Länder und ins Ausland, zu den regelmäßig stattfindenden Seniorentreffen, aber auch zu Tagesfahrten. Viele Möglichkeiten zur Geselligkeit, zum Gedankenaustausch und zur Freizeitbeschäftigung bieten die Interessengemeinschaften. In vielfältiger Form werden Hilfe und Solidarität gegeben und entgegengenommen. Immer ist bei uns die Geborgenheit in der Gemeinschaft zu spüren.

Natürlich sind uns ehrenamtliche Mitarbeiter immer herzlich willkommen. Wer sich für die aktive Arbeit des Bezirksvorstandes der Volkssolidarität in Weißensee sowie dessen Geschäftsstelle (Tel. 923 03 46) interessiert, sollte einfach einmal vorbeischauen oder auch anrufen.

**Ihre Volkssolidarität Weißensee**

## Über die Konterrevolution, ihre Opfer und uns

Als ich vor wenigen Tagen mit einigen Kindern in der Christenlehre über die Arbeitslosigkeit sprach, sagte ein Junge ganz überzeugt, daß diese Menschen gar nicht arbeiten wollen. Ich war erschreckt über das feststehende Urteil des 12jährigen und dachte zunächst daran, wessen Meinung er wohl wiedergab. Dann fragte ich die Kinder, ob sich die Arbeitslosen im Dorf denn wohlfühlten. Wir nannten Namen und fanden unter den Genannten niemanden, der nicht Arbeit haben wollte. Das veranlaßte den Jungen, sein Urteil zu korrigieren, indem er feststellte, daß seine anfängliche Behauptung wohl nicht auf alle zuträfe. Dieser Junge will bestätigt werden, und ich freue mich auf die Jahre bis dahin, in denen er und alle anderen sagen können, was sie denken, und ich hoffe, daß bei ihnen noch einige Erkenntnisse wachsen. Ein größeres Problem stellen die Jugendlichen dar, die einen kahlrasierten Kopf haben und Bomberjacke und Springerstiefel tragen. Auch sie sagen oder demonstrieren, was sie denken. Als nach Halt Suchende und deshalb Verführte sind sie oft schon sehr festgelegt. Mit ihnen im Dorf ins Gespräch zu kommen, ist allerdings schwieriger. Die örtliche freiwillige Feuerwehr schafft es zum Teil. Sie fährt mit ihnen im Sommer

für eine Woche nach Polen mit dem Ziel, ihre Ausländerfeindlichkeit zumindest zu erschüttern. Ein weiteres Reiseziel ist in diesem Jahr für sie Buchenwald.

Zu den Leidtragenden der Konterrevolution gehören vorrangig die jetzt Heranwachsenden. Sie werden uns später mit Recht den Vorwurf machen, daß wir den Eroberern kampflos das Feld überlassen und nicht einmal Zivilcourage geschweige denn Klassenstandpunkt gezeigt haben.

Die Entscheidungen sind zunächst gefallen, und wir merken die Einflüsse der kapitalistischen Gesellschaft auch innerhalb der eigenen Reihen, wenn hier und dort die Verlockung groß ist, Bewährtes über Bord zu werfen. Für die DKP hängt viel von der klaren Bestimmung ihrer Ziele ab. Sie müssen sich vor allem auf die Interessen der Menschen und die Zukunft der Welt richten. Das Trauma der Menschheit ist deren gegenwärtige Perspektivlosigkeit. Darum muß es zu den vorrangigen Aufgaben gehören, unter uns die Einflüsse des bürgerlichen Denkens nicht zuzulassen, denn vor allem die jungen Menschen, die weltweit Entrechteten und Unterdrückten brauchen unsere Erfahrungen im Kampf und nicht zuletzt unsere Erkenntnisse.

**Pastorin Renate Schönfeld**

*Aus dem Programm der SED von 1976*

## War das falsch?

... Im Sozialismus wird die politische Macht von der Arbeiterklasse ausgeübt. Unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei verwirklicht die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, mit der Intelligenz und den anderen Werktätigen die Interessen des Volkes ...

Der Sozialismus beruht auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln in seinen beiden Formen, dem gesamtgesellschaftlichen Volkseigentum und dem genossenschaftlichen Gemeineigentum. In der sozialistischen Planwirtschaft dienen die Produktionsmittel der steten Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums im Interesse der Arbeiterklasse

und aller anderen Werktätigen. ...

Im Sozialismus sind die Produktionsverhältnisse, alle gesellschaftlichen Beziehungen durch bewußtes Zusammenwirken, kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe charakterisiert. ...

Der Sozialismus befreit die Werktätigen von Ausbeutung und Unterdrückung. ...

Der Sozialismus befriedigt immer besser die Lebensbedürfnisse der Werktätigen. „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ ist ein grundlegendes Prinzip der sozialistischen Gesellschaft. ...

Im Sozialismus ist die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus, die herrschende Ideologie.

**Wahlen 1998: Kohl muß weg!  
Laßt Euch von Schröder nicht verKOHLEN!**

# „Der Schandfleck muß weg!“,

brüllte in einer Fernsehdiskussion ein Herr Nooke, der sich als „Nicht-DDR-Bürger, aber Ostdeutscher“ ausgab, und er meinte den Palast der Republik (in dessen Volkskammer er gesessen hatte - wengleich in deren letzten Tagen, da dieses Parlament mit Schreierei, Denunziationen und Lügen seinem Ende entgegenseichte, es war ja „freigewählt“).

Wie ein (nein, nicht roter) Faden zog sich durch diese Talkshow eines „freien Fernsehens“: Das Politbüro habe das Berliner Schloß „weggesprengt“, die SED habe die Berliner Innenstadt „verschandelt“ und den historischen Kern „zerstört“, die Hauptstadt brauche „wieder einen Mittelpunkt für die Berliner und deren Gäste“.

1.) Die DDR - nicht „Politbüro und Ulbricht - hat nicht das Schloß zerstört, sondern die Ruinen beseitigt, die alierte Bomber vom Schloß und der Hauptstadt übriggelassen hatten. In einer Zeit, in der alle spärlichen Mittel für Aufräumung, Ernte, Lebensmittel und Wohnungen gebraucht wurden. Mehr war nicht drin. Die DDR hat trotzdem das Brandenburger Tor und die Friedensgöttin restauriert, Linden gepflanzt und die Prachtstraße weitgehend wiederhergestellt, Humboldt-Universität und die alte „Kommode“, das Kronprinzessinnenpalais und die Staatsoper in alter Schönheit wiedererstanden lassen, das Zeughaus in den alten Zustand versetzt und mit dem Nikolai-Viertel ein altes Stück Berlin zu ansehnlichem Leben erweckt.

2.) Das Schloß war Sitz der Hohenzollern. Sie gehören zur Geschichte, wengleich nicht auf deren Ruhmesseiten. Unter ihrer Herrschaft durfte kein Berliner Bürger es betreten haben. Schloßplatz und Lustgarten wurden nur bei revolutionären Demonstrationen von den Berlinern „genutzt“ - und von der Polizei mit blankem Säbel „vom Pöbel gesäubert“. Als 1848 die Märzrevolution ihre Toten vor dem Schloß aufbahrte, wurde der „Kartätschen-Prinz“ (so nannten die Berliner den Mörder) gezwungen vor den Gefallenen den Hut zu ziehen und ihnen die letzte Ehre zu erweisen. In diesem Schloß haben sich generationenlang das ganze fürstliche Gesindel, Herzöge, Barone, die Junker von Ahr und Halm, adlige Generale und geadelte Bankiers getroffen und ihrer Majestät erklärt, was Wilhelm und Bismarck zu tun und zu lassen hatten. Von diesem Schloß gingen - als Voraussetzung für die deutsche Einheit - die Kriege gegen Österreich und Danemark aus. Dann verkündete der Hof den Krieg gegen den „französischen Erbfeind“. Mit Blut und Eisen wurde im Ausland - im Spiegelsaal von Versailles - die sogenannte deutsche Einheit geschmiedet. Vom Berliner Schloß nahmen Bismarcks Sozialistengesetze ihren Ausgang - mit Polizei- und Justizterror,

Berufsverboten und Verleumdungen. Von diesem Schloß gingen Wilhelms II. Rufe nach der Weltherrschaft aus. Seine Hunnen-Rede gegen China, Deutschlands Zukunft liege „auf dem Wasser“ (mit den entsprechenden Panzerkreuzerbauten), „Auf nach Paris!“ Von diesem Schloß ging der Erste Weltkrieg aus. Aus diesem Schloß floh der Kaiser ins Holländische Doorn. Fürwahr, dieses Schloß muß unbedingt wiedererstanden - zumindest die „Fassade“ (was will man dahinter verbergen?).

3.) Die Deutsche Demokratische Republik rettete aus den Trümmern dieses Baus und dieser Politik das ehrwürdige Eosandertor, von dessen Balkon Karl Liebknecht 1918 die sozialistische deutsche Republik ausgerufen hatte, 40 Jahre lang betreten durch dieses Tor Staatsmänner und Diplomaten aus aller Welt den Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik. Auf der Brache des Hohenzollernschlosses entstand der Palast dieser Republik. Zum ersten Mal in der Geschichte hatte Berlin einen Mittelpunkt - ein Gebäude, das mit seinen Sälen, Lokalen, einem Theater, Bowlingbahnen, Galerien und Stätten der Besinnung wahrhaftig ein Palast des Volkes war.

Deshalb hatte im Palast auch die Volkskammer ihren Sitz - mit Beratungszimmern für die neun Fraktionen und dem Plenarsaal, in dem Gesetze beschlossen wurden, in deren Mittelpunkt der Mensch stand, das Gedeihen und die Sicherheit seines Staates: des ersten deutschen Friedensstaates, eines

Staates der internationalen Solidarität.  
4.) Die initiierte Diskussion um „Asbest und Architektur - wenn es darum ginge, mußte man den scheußlichen Dom, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche oder Westberlins asbestverseuchtes ICC abreißen - ist keine Auseinandersetzung um Gesundheit oder ästhetische Maßstäbe. Die Diskussion um den Palast sei „ideologiebeladen“, heißt es. Stimmt! Am Anfang stand Bundeskanzler Kohl auf dem Marx-Engels-Platz und befahl vor Zeugen: „Das Ding muß weg!“ Wenn das keine Ideologie ist: Antikommunismus! Seither steht „das Ding“ leer, ausgeplündert, mit zerborstenen Scheiben, verkommen (und frißt dennoch jedes Jahr etliche Millionen). Asbestverseucht ist es nicht mehr als das Gebäude des Staatsrates, in das die letzte „Volkskammer“ gehorsam floh, ehe Bauminister Töpfer dort die Beseitigung des Palastes vorbereitete. Und der Kanzler will ja dort einziehen, bis sein Regierungs-Ghetto fertig ist - mit einer „altberliner Architektur“ wie am Potsdamer Platz und am Alex ...

5.) „Der Schandfleck muß weg!“ Da sprach Herr Nooke seine und des Kanzlers Wahrheit aus: Der Palast soll weg - wie alles, was an die Deutsche Demokratische Republik erinnert. Denn die DDR war die größte Niederlage des deutschen Imperialismus. Darum soll das Schloß wieder her. Man will Rache üben. Und wenn es nur um ein historisches Gebäude in Berlin geht.

**Karl-Eduard von Schnitzler**



*Der Palast der Republik: Das Haus des Volkes und Sitz der Volkskammer der DDR, davor Marx und Engels - Teil und Geschichte des besseren deutschen Staates. Unerträglicher Anblick für Kohl und Konsorten. Für das deutsche Kapital bittere Erinnerung an seine größte Niederlage. Deshalb sollen sie plattgemacht werden.*

## Unser Revier

## Berlin-Marzahn



Als das Dorf Marzahn, an der nördlichen Peripherie der Hauptstadt gelegen und früher zu Brandenburg gehörig, 1920 in den damals 17. Verwaltungsbezirk Berlin-Lichtenberg eingemeindet wurde, hatte es

weniger als 800 Einwohner. Am 5. Januar 1979 erfolgte die Gründung des selbständigen Stadtbezirks Marzahn, der wiederum am 30. Juni 1997 nicht weniger als 152.407 Einwohner zählte, von denen 15,8 Prozent jünger als 15 Jahre waren. Am 8. Juli 1977 war die erste Platte für ein zehngeschossiges Wohnhaus gesetzt worden, mit dem das größte Vorhaben des Wohnungsbauprogramms der DDR in Angriff genommen wurde. 1978 wohnten bereits 2.000 Bürger im Neubaugebiet und 1981 vermeldete die „Berliner Zeitung“, täglich zögen 20 Familien aus allen Teilen der Hauptstadt und des Landes nach Marzahn. Heute umfaßt der Stadtbezirk eine Fläche von 3.150 ha.

Mit seinen rund 62.000 industriell gefertigten Wohnungen bildet Marzahn die größte geschlossene Neubausiedlung Deutschlands. Dort befindet sich auch auf 400 ha Fläche das größte zusammenhängende Gewerbegebiet Berlins.

Vor der konterrevolutionären Wende bestanden in Marzahn 66 Volkseigene Betriebe, die von der Treuhand privatisiert und weitgehend zerschlagen wurden. Die größten Unternehmen sind heute Knorr Bremse Berlin (ca. 300 Mitarbeiter), Harry Brot GmbH (280) und andere kleinere Betriebe.

Im März 1998 waren 13.932 Arbeitslose (9,15 Prozent) registriert, 8.841 Bürger (5,8 Prozent) sind Sozialhilfeempfänger.

Stärkste Partei wurde bei den BVV-Wahlen im Jahre 1995 mit 45,8 Prozent die PDS. In der Bezirksverordnetenversammlung entfallen bei 45 Mandaten 22 auf die PDS, 11 auf die CDU, 8 auf die SPD und 4 auf Bündnis 90/Grüne. Bürgermeister ist Dr. Harald Butler (PDS)

Dr. Sigmar Ebbach

## ZITIERT

Unermeßlich sind die Kräfte, die uns aus der Erinnerung an stolze und gehobene Momente und Tatsachen unserer Vergangenheit zuströmen.

Ernst Thälmann

## Thälmann-Gedenkstätte „nicht förderungswürdig“

## Rotes Tuch für Pfarrer Reiche

Nicht nur Pfarrer Hinze - der dümmelnde und dumpelnde CDU-Mann vom Rhein - sieht rot, wenn er sich nach Fußbekleidung umschaute. Auch Pfarrer Steffen Reiche, ein junger Mann aus Potsdam, gestandener Alt-SDPler und heute Resident der Bonner Ollenhauer-Baracke an der Havel, wird von dieser Allergie geplagt. Reiche ist im brandenburgischen Kulturministerium angestellt. Erstaunlicherweise als Minister. Das SPD-Partei-buch hat die Traumkarriere des „Wende“-Predigers möglich gemacht.

Wenn Reiche rot sieht, bekommt er Flimmern vor den Augen und Flattern in den Hosen. So war es vor drei Jahren in Sachsenhausen, wo über hunderttausend umkamen, die meisten von ihnen Träger des roten Ehrenwinkels. Und auch viele, denen die SS-Aufseher andere Winkel zudiktiert hatten, waren Linke und Antifaschisten. Als wir zur Feier des 50. Jahrestages der Befreiung mit unseren roten DKP-Fahnen zum Lagertor zogen, wurden wir dort von den „Ordnern“ des SPD-Ministers abgefangen. Sie drückten uns eine „Anordnung“ Reiches in die Hand, die nach Peinlichkeit roch: Sie verbot die Mitführung von Fahnen und Transparenten, da durch sie die „Pietät“ der Stunde entweiht werde. So standen wir mit dem wehenden roten Tuch am Beginn der Strecke und gaben allen bereitwillig Auskunft, wer die Ehrung der Toten durch deren Farbe verhindert hatte.

Nun hat Pfarrer Reiche ein weiteres Mal auf seine Allergie aufmerksam gemacht. Wäh-

rend in Brandenburg drohend und drohend braune Kohorten von Neonazis aufmarschieren, hat sich der Kulturminister deutlich nach links abgegrenzt. Es geht dabei um die denkmalgeschützte Ernst-

Thälmann-Gedenkstätte im historischen „Sporthaus Ziegenhals“, wo im Februar 1933 das ZK der KPD zu einer illegalen Tagung zusammengetreten war. Die meisten Teilnehmer der Beratung - waren in den darauf folgenden Jahren dem Mordterror der Faschisten zum Opfer gefallen. Jetzt hatte die PDS-Fraktion im brandenburgischen Landtag eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet, ob sie vorübergehend bereit sei, die durch die einstweilige Schließung

des Sporthauses anfallenden monatlichen Kosten von etwa 400 DM selbst zu übernehmen oder eine andere Lösung dafür zu finden.

Herr Reiche bekam sofort das enervierende Flimmern und Flattern, das ihn offenbar stets befällt, wenn die Farbe rot im Spiel ist. Eine Förderung - solche war gar nicht erbeten worden - oder auch nur die Übernahme von Betriebskosten komme keinesfalls infrage. Die Gedenkstätte würdige ja „nur ein Ereignis in der Geschichte einer einzigen Partei“, verkündete der amtlich bestellte Antikommunist.

So eine Rot-Allergie ist eine schlimme Sache. Am Ende wird man dabei völlig farbenblind und kann selbst braun nicht mehr herausfiltern.

S. R.



Ernst Thälmann

## Kurz kommentiert

## Todeshaftfolter

Man kann so oder so zur Todesstrafe stehen. Wer wollte bestreiten, daß es gerecht war, Göring, Kaltenbrunner und andere Naziverbrecher zum Tode zu verurteilen? In der DDR wurde die Todesstrafe 1976 zum letzten mal verhängt, als man annehmen konnte, fast alle noch auf ihrem Territorium befindlichen Kriegsverbrecher aufgespürt zu haben. Der Oradour-Mörder SS-Untersturmführer Barth erhielt 1983 lebenslanglich

In den USA, wo derzeit Todesurteile am laufenden Band vollstreckt werden, ist kürzlich Joseph Cannon mittels Giftspritze

hingerichtet worden, weil er als 17-jähriger eine Frau ermordet hatte. Jetzt, im April 1998, war er 38 Jahre alt! Er hat also 21 Jahre in der Todeszelle auf seine Hinrichtung warten dürfen! Todeshaftfolter - oder wie soll man das sonst nennen? Und dieser Staat - die USA - in dem Verbrecher, gewiß, mittels Gift, Gaskammer, Elektrischem Stuhl (nein, nicht mehr durch Erhängen wie seinerzeit in Nürnberg) getötet werden, maß sich an, anderen Völkern Menschlichkeit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu predigen!

Walter Florath

Zum bevorstehenden 100. Geburtstag des Genossen Max Reimann

# Ein kommunistischer Arbeiterführer

In diesem Jahr begehen wir den 100 Geburtstag des kommunistischen Arbeiterführers und Ehrenpräsidenten der DKP Max Reimann. Hier kann nur ein knapper Abriss einiger Stationen seines Wirkens gegeben werden. Obwohl ich Max Reimann aus gemeinsamer politischer Arbeit gut kannte, maße ich mir nicht an, sein Leben und seine Persönlichkeit umfassend zu würdigen. Das ist bereits durch seine engsten Mitstreiter geschehen, die - wie Herbert Mies und Hermann Gautier - im Januar 1977 auf der gewaltigen Trauerkundgebung in Düsseldorf dazu gesprochen haben. Sicher wird auch der 100. Geburtstag kompetenteren Genossen Veranlassung sein, ihre Erlebnisse mit Max Reimann niederzuschreiben.

Ich berichte aus der Sicht des ehemaligen Parteiarbeiters im Parteivorstand und im Zentralkomitee der KPD, der Max Reimann in seinem Wirken aus der Nähe erlebt und der etwas aus seiner Vergangenheit aufgenommen hat. Dabei beschränke ich mich auf Eindrücke aus der politischen Tätigkeit und dem öffentlichen Auftreten Max Reimanns an der Spitze der KPD in den ehemaligen Westzonen, der späteren BRD. Wir erlebten ihn - den Bergmann - als echten Sohn der Arbeiterklasse, der er sein ganzes Leben lang leidenschaftlich und selbstlos gedient hat. Wir spürten immer wieder, wie er sich bei den Arbeitern in den Betrieben, auf Schachanlagen, bei Beratungen und Großkundgebungen im wahrsten Sinne des Wortes wohlfühlte, wie er bei den klassenbewußten Arbeitern ankam.

Max Reimann war Mitglied der KPD seit ihrer Gründung im Jahre 1918, Funktionär der Partei auf Unterbezirks- und Bezirksebene, Kämpfer gegen den Faschismus in der Illegalität, Gefängnisinsasse und KZ-Häftling der Nazis, Vorsitzender der KPD in Westdeutschland. Er war ein fest im Marxismus-Leninismus verwurzelter Kommunist, der seine Überzeugung auf andere zu übertragen verstand. Wir lernten Genossen Reimann als unermüdeten Verfechter der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten kennen, als konsequenten Streiter für die nationalen Interessen des werktätigen Volkes und entschiedenen Gegner des bürgerlichen Nationalismus, als proletarischen Internationalisten, der wie wir alle von fester Verbundenheit mit der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, mit der kommunistischen Weltbewegung geprägt war. Die KPD erblickte in der DDR stets die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Max Reimann verteidigte sie stets mit Leib und Seele. Im Vordergrund seines Wirkens aber stand der Kampf um die politischen und

sozialen Rechte des werktätigen Volkes in Westdeutschland.

Genosse Max Reimann stemmte sich mit der ganzen Partei gegen den früh vorangetriebenen Kurs der Spaltung Deutschlands durch die westlichen Besatzungsmächte. Da er deren Komplizen wie Adenauer und andere als „Quislinge“ bezeichnete, verhafteten und verurteilten ihn die Militärbehörden. Das konnte seinen Widerstand gegen das spalterische Konzept Adenauers jedoch nicht brechen.



Der Kommunist Max Reimann 1948 im Parlamentarischen Rat. Damit mußte sich auch Adenauer abfinden.

Im Jahre 1948 befahlen die drei westlichen Besatzungsmächte die Bildung eines „Parlamentarischen Rates“, dem Mitglieder der Landtage aus der amerikanischen, britischen und französischen Zone angehören sollten. Er erhielt den Auftrag, das Grundgesetz für einen separaten Staat - die BRD - auszuarbeiten. Die Führung der KPD beschloß, an der Arbeit dieses Gremiums teilzunehmen, obwohl sie den Auftrag der imperialistischen Mächte, die Spaltung Deutschlands zu vollziehen, strikt ablehnte. Einer unserer beiden Vertreter war Max Reimann. Mit ihrem Beschluß befolgte die Partei die von Lenin der Komintern empfohlene Linie, auch die Tribüne des bürgerlichen Parlaments für den politischen Kampf der Arbeiterklasse zu nutzen. Ziel war es, die Winkelzüge der Gegner zu durchkreuzen oder zumindest öffentlich zu machen. Unsere beiden Abgeordneten stellten entsprechende Anträge, die natürlich samt und sonders abgelehnt wurden.

In der Schlußdebatte über den Entwurf des Grundgesetzes legte Max Reimann noch einmal den Standpunkt der westdeutschen Kommunisten dar. Scharf ging er mit den rechten SPD-Führern ins Gericht, die mit der CDU-CSU einen faulen Kompromiß eingegangen waren. An Konrad Adenauer ließ er kein heiles Haar, wobei er dessen Rolle als rheinischer Separatist seit 1919 nachwies.

Zur Entscheidung der KPD-Fraktion des Parlamentarischen Rates, die Unterzeichnung des Grundgesetzes zu verweigern, erklärte Max Reimann: „Wir unterschreiben nicht! Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommu-

nisten dieses Grundgesetz gegen jene verteidigen werden, die es angenommen haben!“

Und in der Tat kam dieser Tag schon bald. Im ersten Bundestag, dem noch eine 15köpfige KPD-Fraktion mit Max Reimann angehörte, sah sich die Partei ständigen Verfassungsbrüchen gegenüber. Sie führten sukzessive zur Restaurierung der Macht der Monopole und zum Beginn der Remilitarisierung Westdeutschlands. Kalter Krieg war auf der ganzen Linie angesagt. Das „Blitzgesetz“ und andere verfassungswidrige Notstandsgesetze wurden verabschiedet. Es begann die Ära der Berufsverbote, die später unter Brandt noch verschärft wurden. Auf das Verbot der FDJ und der DSF folgte im August 1956 das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die KPD - ein Verfassungsbruch, der bis heute nicht korrigiert worden ist. Tausende Kommunisten wurden verhaftet und viele auf Jahre eingekerkert. Gegen Zehntausende liefen Ermittlungsverfahren. Diese Opfer des Kalten Krieges sind nie rehabilitiert worden.

Unter Vorsitz Max Reimanns widersetzte sich die KPD in Legalität wie Illegalität dem militanten Antikommunismus der Herrschenden, in den auch die dann regierungsbeteiligten und regierenden SPD-Führer einstimmen. Sie hatten offensichtlich die Tatsache vergessen, daß Kurt Schumacher im KZ Dachau nur durch die Solidarität mitgefangener Kommunisten das Leben gerettet worden war.

Die KPD hat unter Max Reimanns Führung Siege und Niederlagen erlitten. Aber weder Terror noch Verfolgung vermochten ihre politisch-ideologische Identität auszulöschen.

Nach der Neukonstituierung der DKP im Herbst 1968 als legaler kommunistischer Partei der BRD traten ihr auch die Genossen der KPD bei. 1971 wurde Max Reimann durch den Düsseldorfer Parteitag zum Ehrenpräsidenten und Präsidiumsmitglied der DKP gewählt.

Er stand der Partei leider nur noch wenige Jahre zur Verfügung. Nach seinem Tode ehrten ihn nicht nur seine engeren Kampfgefährten, sondern auch viele fortschrittliche Menschen außerhalb der Reihen der DKP. Im Januar 1977 bewegte sich ein Trauerzug von 20 000 Menschen durch die Straßen Düsseldorfs, bekundeten die Vertreter von 24 Bruderparteien durch ihre Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten und der Beisetzung ihre hohe Wertschätzung für Max Reimann.

Sein Vermächtnis, standhaft und prinzipienfest für die Sache von Marx, Engels und Lenin zu streiten, gilt es zu bewahren

**Harry Schmitt**

## Kostbares Manifest

Genau zum 1. Mai hat der renommierte britische Verlag Verso, dessen Direktor Colin Robinson sich als „Radikaler“ versteht, in 20 000 Exemplaren eine von Künstlern „chic“ und attraktiv gestaltete Ausgabe des „Kommunistischen Manifests“ herausgebracht, „um die Gedanken von Marx und Engels an neue Leserschichten heranzutragen“. Verso gibt im Jahresdurchschnitt etwa vierzig beachtete Titel politischer Literatur heraus - 1997 erschienen dort die Tagebücher Che Guevaras in einer schon bald verkauften Auflage von 50 000 Stück. Im Vorwort der neuen Manifest-Ausgabe schrieb der Historiker Eric Hobsbawm, emeritierter Professor an der Londoner Universität: „Das Manifest hat der Welt am Vorabend des 21. Jahrhunderts noch viel zu sagen.“

Nicht einmal das rechtskonservative amerikanische Nachrichtenmagazin „U.S. News & World Report“ konnte sich am Jubiläum der Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus vorbeimogeln. Die in Millionenaufgabe erscheinende Zeitschrift berichtete über die „spektakuläre“ Verso-Ausgabe und erwähnte die Tatsache, daß von der Erstedition des Werkes - sie soll 1.000 Exemplare betragen haben - nur etwa ein Dutzend die Zeitläufte überlebt hat. 1986 wechselte eines dieser seltenen Originale den Besitzer - für sage und schreibe 40.000 Dollar.

K. St



### Eine neue Worthülse:

## „Globalisierung“

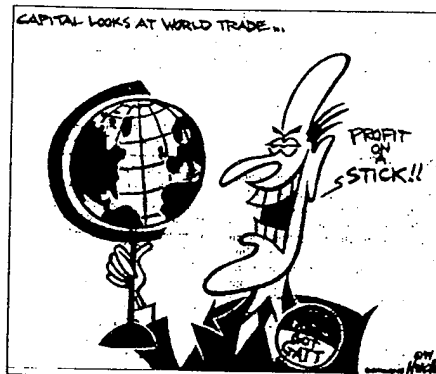
Das Streben des Kapitals ist Erringen von Maximalprofit. Diese Aussage von Karl Marx gilt nach wie vor, nur drückt man das heute etwas moderater aus: Gutes Investitions-Management und geschickter Kapitaleinsatz bringen hervorragende Renditen. Das klingt nicht so entlarvend kommunistisch, sagt aber das gleiche. Denn nach wie vor ist das Kapital um Worthülsen nicht verlegen, wenn es um rücksichtsloses Durchsetzen seiner Interessen und die Verschleierung der Folgen geht. Neueste Wortschöpfung ist die „Globalisierung der Wirtschaft“ und die damit verbundene „Herausforderung“. Schon die Pharaonen bezogen ihr Bauholz aus dem Libanon, das Gold aus dem Sudan. Von der Levante bis Gibraltar ist das Mittelmeer voll von antiken Schiffswracks, aus denen man heute noch das dem Handelsaustausch dienende Öl und Getreide bergen kann. Zinn und Kupfer wurden in der Bronzezeit über weite Strecken transportiert. Und die begehrten Spezereien und Gewürze, im Orient produziert, brachten die sogenannten Pfeffersäcke im europäischen Raum an den Mann. Wozu diente eigentlich die berühmte Seidenstraße? Wozu hielt die Hanse ihren Stahlhof in London oder ihre Niederlassung in Nishni-Nowgorod? Betrieben die Fugger und Welser nur einen kleinen Tante-Emma-Laden? Seit dem Mittelalter sind die ursprünglich italienischen Bankvokabeln internationales Verständigungsmittel in Sachen Geld. Kolumbus bekam von Ferdinand und Isabella seine drei Karavellen offensichtlich nur, um TUI-Ferienreisenden einen bequemeren Weg nach Indien zu schaffen. An der Westküste Afrikas lauerten Franzosen, Spanier, Engländer auf „schwarzes Gold“ von arabischen Sklavenhändlern. In Amerika wurde damit keinesfalls Entwicklungshilfe geleistet, sondern mittels brutalster Ausbeutung der bedauernswerten Menschen für den Export in die „Alte Welt“ produziert. Was wollte eine Hudsonbay-Company mit kanadischen Pelzen? Welchem Zweck diente eine Ostindien-Company? Was war der Hintergrund der Opiumkriege? Und als im sogenannten

Boxeraufstand von einem internationalen „Expeditionskorps“ die Taku-Forts gestürmt werden mußten (Germans to the Front), da wurden die chinesischen Wälle mit deutschen Krupp-Kanonen verteidigt.

Diese nur partielle Aufzählung macht doch wohl deutlich genug, daß „Globalisierung“ von Wirtschaft und Handel keine Erfindung der kapitalistischen Gegenwart ist. Hinter diesem Schlagwort und seiner damit verbundenen „Herausforderung“ verbirgt sich etwas ganz anderes.

Das Streben nach Maximalprofit hatte auch den Staat ursprünglich nach den Interessen des Kapitals organisiert. Aus gutem Grund ist er mit allerhand Feigenblättern ausgestattet. Demokratie, in der man Parteien wählen, aber selber nichts entscheiden darf. Es gibt bescheidene Kontrollmechanismen. Eine „unabhängige“ Justiz zum Beispiel. Die darf auch mal gelegentlich ein schwarzes Schaf der Branche zur Verantwortung ziehen, wenn es durch Übertreibung der eingeräumten Möglichkeiten außer dem Volk auch fremde Kapitalien schädigte. Es gibt eine selbständige Kommunalverwaltung, die das Geld ausgeben darf, das man ihr mit „kreativer“ Steuererklärung gnädig überläßt. Auch bescheidene soziale Komponenten - wenn auch ständigen Angriffen ausgesetzt - gibt es.

Alles als Eiapoepia. Die Chefetagen der Konzerne halten sich aus dem Gezänk der Niederungen dieser Demokratie heraus, bleiben fast anonym, solange der heiße Draht zur Lobby von Parlament und bürgerlichen Parteien ausreicht. Jetzt aber werden dem vagabundierenden, ins Unermäßliche wachsenden Kapital die Imponderabilien solcher Staatsorganisationen lästig. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Großbanken und Superkonzerne fusionieren über Staatsgrenzen hinweg. Beredtes Beispiel: der Vertrag und Zusammenschluß von „Finanzdienstleistern“ aus über 30 Staaten, um sich den Kontrollmechanismen eben dieser Staaten zu entziehen. Betrachtet man die in der gegenwärtigen BRD wirklich gelösten Aufgaben genauer, dann fällt auf, daß sie überall da „erfolgreich“ ist, wo es gilt, sich aus staatlicher Verantwortung zu stehlen. Privatisierung heißt das Zauberwort. Und der Gipfel der Perfidie: Verteufelung derer, die nach einem Staat rufen, der sie nicht im Stich läßt. Mehr „Eigenverantwortung“ im Namen einer Freiheit von Großbank-Gnaden. Unendlich ist der Erfindungsreichtum des Kapitals an Worthülsen zur Verschleierung seines wahren Charakters. Wir sollten uns nicht einlullen lassen. DAS ist unsere Herausforderung und nicht die „Globalisierung“.



Das Kapital schaut auf den Welthandel...  
Profit an einem Stock

Joachim Loeb



# M.A.I.: Demokratie als Kostenfaktor

Kaum begann die Nachrichtensperre über die geheim verlaufenden M.A.I.-Verhandlungen zu bröckeln, konnte man schon in einigen Zeitungsartikeln lesen: halb so schlimm, war gar nicht geheim, falsche Aufregung. Die Rede ist vom Multilateralen Abkommen über Investitionen. Worin liegt denn nun das Bedrohliche? Wie zuletzt zu hören war, konnte man sich gar nicht einigen, die Sache wurde vertagt. Andere reden sogar schon vom Scheitern. Und dennoch. Man vergesse nicht, diese MAI-Verhandlungen waren bereits der zweite Versuch zu solch einem Abkommen (Uruguay-Runde 1986-1993), und schon jetzt heißt es, ein dritter werde folgen. Also muß es doch den großen international agierenden Banken und Konzernen äußerst dringlich sein, ihre im Vertragsentwurf formulierten ökonomischen Interessen zu international geltenden Regeln zu machen, sie mit Gesetzeskraft zu versehen. Die in Paris seit einigen Jahren geführten MAI-Verhandlungen im Rahmen der OECD beabsichtigten allen Ländern, die auf Investitionen aus dem Ausland angewiesen sind - und das sind mehr oder weniger alle Länder dieser Erde - harte Regeln der Deregulierung aufzudrücken. Es soll den Multis eine „globale Verfassung“ geben, mit der die endgültige, nun auch politische Weltherrschaft der Multis und das Ende der nationalstaatlichen Souveränität eingeläutet wird. Diesen Verlust an nationalstaatlicher Souveränität mag man ja für nicht so tragisch halten. Jedoch handelt es sich um einen Vertrag, der der Arbeiterklasse errungene Erfolge im Handstreich wieder nehmen und darüber hinaus das Kämpfen gewaltig erschweren würde. Denn eine Regierung würde Schadensersatz zahlen müssen an Konzerne, die durch Streiks

Profiteinbußen erlitten, um nur ein Beispiel zu nennen. Aufgehetzte Bürger gegen streikende Arbeiter könnte man sich dann durchaus vorstellen. Was aber hätte eine Belegschaft an Kampfmöglichkeiten noch, wenn der Gegner z.B. ein Konzern aus den USA wäre und die deutsche Regierung vornehm zur Seite träte und auf internationale Verträge verwies, die bei Kündigung durch die Regierung - so sie denn wollte - frühestens nach 20 Jahren nicht mehr gelten würden. Natürlich wäre das nicht das Ende der Geschichte oder so etwas wie der endgültige Sieg des Kapitals. Aber jede Verschlechterung für die Arbeiterklasse, handelt es sich nun um soziale oder demokratische Rechte und Errungenschaften, müssen von uns verteidigt werden.

Festzuhalten bleibt: das international agierende Kapital hat in den ersten MAI-Vertragsentwurf Regeln hineingeschrieben, die darauf hinauslaufen, den bürgerlich demokratischen Staat in den für die Arbeiterklasse wesentlichen Teilen zu beerdigen. Soziale und demokratische Rechte und Errungenschaften werden darauf reduziert, Kostenfaktor zu sein. Und die Bonner Regierung aus CDU/FDP war bereit, das zu unterschreiben. Es geht dabei nicht darum, ob wir darüber nun überrascht sind oder nicht. Aber wir sollten diese schändliche Bereitschaft durchaus gegen sie propagandistisch nutzen. Schließlich haben wir es von ihnen schwarz auf weiß. Sie können sich auch nicht dadurch herausreden, es habe spätere Kompromisse dazu gegeben. Denn vereinbart hatten sie schon, nach Vertragsabschluß weitere Verhandlungen in Richtung Deregulierung folgen lassen. Wirkliche „Kompromisse“ wollen sie gar nicht. Wir übrigens auch nicht. R. V.

## Das MAI

- \* setzt Konzerne demokratisch gewählten Regierungen gleich;
- \* verbietet nationalen, regionalen, lokalen Regierungen, einheimische Firmen gegenüber ausländischen Konzernen zu bevorzugen;
- \* verbietet Regierungen, bestimmte Forderungen an Auslandsinvestoren in bezug auf Arbeitsplatzsicherung, Umweltstandards, Reinvestitionen von Gewinnen, Tarifverträge, Minderheiten- und Frauenarbeitsrechte usw. zu stellen;
- \* verbietet Regierungen, ausländisches Vermögen zu enteignen;
- \* verbietet Regierungen, Auslandsinvestoren Einschränkungen freien Gewinntransfers zu verordnen. Es erlaubt Konzernen, Regierungen vor eine internationale nicht-gewählte Streitschlichtungsstelle zu zitieren, wenn Konzerne der Meinung sind, eine Regierung habe ihre Profitaussichten geschmälert;
- \* begünstigt die Privatisierung des öffentlichen Dienstes (Post, Gesundheit, Bildung, Verkehr, Wasser, Energie...) an die TNCs;
- \* verlangt, daß Regelungen, Gesetze usw., die noch nicht MAI-konform sind, MAI-konform gemacht oder aufgehoben werden;
- \* verlangt, daß Regierungen für ein „friedliches“ Investitionsklima sorgen (bezüglich Streiks, Unruhen...)

## Leserbriefe

„Rotfuchs“ erhält weiterhin zahlreiche Zuschriften aus allen Teilen der Bundesrepublik.

*Wir sind außerstande, sämtliche Leserbriefe in voller Länge zu veröffentlichen. Bei Kürzungen spielen allein Platzgründe eine Rolle. Politische und journalistische Ethik veranlaßt uns dazu - im Unterschied zu anderen Publikationen - keine uns unterbreitete antifaschistische Meinung zu unterschlagen.*

Redaktion

\* \* \*

Ich begrüße das Erscheinen Eurer Zeitung „Rotfuchs“. Die klare Sprache, Euer marxistisch-leninistischer Standpunkt heben sich deutlich ab von Zeitungen, die ich als Basisvorsitzende der PDS auch lese (z.B. ND). Ich wünsche Euch viel Erfolg für Euer Anliegen, neue Freunde für die DKP zu gewinnen, und lege Euch 10,00 DM in Briefmarken bei, damit ich Eure Blätter weiter bekomme.

Mit herzlichen, solidarischen Grüßen Eure

Margit Schaumäker-Brückner, Berlin

\* \* \*

Liebe Genossen, habt besten Dank für den Rotfuchs 3. Jede Nummer beweist auf's Neue, daß wir nicht unterzukriegen sind - trotz alledem! Ich wünsche dem Blatt und Euch allen von der DKP in den „blühenden Ländern“ weiter so viel Mut und viele Erfolge.

Mit freudiger Überraschung habe ich in der Titelgeschichte meinen alten Freund Harry entdeckt, von dem ich seit Jahrzehnten keine Nachricht erhalten hatte. Bitte übermittelt ihm meine herzlichsten Grüße. Natürlich meine Geburtstagswünsche für Kled!!! Seine Stimme dringt auch heute, obwohl ihm/uns das Medium Fernsehen genommen wurde, durch den „freiheitlichen“ Dunst, der mit christlicher Nachsicht verdecken soll, wie die Realität in „Sieger“land aussieht.

Macht weiter so - , und in Eins nun die Hände. Noch ist nicht aller Tage Abend. In diesem Sinne herzlich Euer

Emil Carlebach, Frankfurt/M.

\* \* \*

In Ermangelung einer Karte mit Mai-Nelke sende ich Euch einen lieben Gruß mit Frühlingsstrauß und Schmetterling. Wir wünschen Euch einen schönen Feiertag

der Werktätigen, der für uns alle immer noch in erster Linie ein Kampftag ist. Anbei ein paar Briefmarken, die uns selbst als Soli-Spende zugute kamen, mit der Bitte, sie für den „Rotfuchs“ zu verwenden. Die gut gemachte Zeitung sollte möglichst viele Menschen erreichen, das nützt uns allen - besonders auch uns. (Unsere Spende ist also fast der pure Selbstzweck!) Klaus und ich drücken Euch herzlich.

**Hannelore Baumgarten, Zeuthen**

\* \* \*

Der „RotFuchs“ folgt der ehrenhaften Devise: Wir haben nicht immer recht, aber wir sind immer links.

**Gerhard Brantner, Berlin**

\* \* \*

Herzlichen Dank für die Zusendung Eurer Zeitung, welche mir sehr gut gefällt und die mit jeder Nummer besser wird, was mich auch nicht verwundert, denn um die Mitarbeiter seid Ihr zu beneiden.

Kleds Beitrag zur Sozialismusdiskussion hat mir sehr gefallen, denn er hat aufmerksam gemacht, daß die historischen Dimensionen dieser Diskussion zu beachten sind. Dazu paßt auch der Beitrag von H.H. Holz in der UZ vom 24.4.98. Ich finde es auch sehr berechtigt, daß Ihr mit Argumenten für Euren Parteitag antrag werbt. Wie Ihr es tut, scheint mir aber sehr bedenklich, zumal Ihr offene Türen einrennt, denn die inhaltliche Position wurde in ähnlicher Form schon auf der Konferenz in Hannover aus einer Arbeitsgruppe vorgetragen. Die anderen Arbeitsgruppen hatten ähnliche Ergebnisse.

Wenn dann Walter Florath noch die Keule rausholt „Angst. Und Haß“ und die DKP-Mitglieder, die nach der Niederlage 89 Fragen und Zweifel haben, unter dem Trend der imaginären Linken subsumiert, wird's derbe. Ich habe an Diskussionen mit Kled teilgenommen und konnte sehr gut unterscheiden, wo Fragen waren und wo die Infragestellung war. Übrigens, es waren auf diesen Veranstaltungen nicht nur Mitglieder der DKP. Also, Walter, den verbliebenen Mitgliedern Angst zu unterstellen, ist mehr als derbe. Unsere Mitglieder sind leider zum größten Teil mehr als 20 Jahre in der Partei und haben die „Angst“ vor real existierendem Sozialismus und der „Kritik“ der Linken zumeist überwunden; denn man bekämpfte uns mit allen Mitteln wegen unseres Verhältnisses zur Sowjetunion, zur DDR usw. Hier kommt aber auch eine zweite Seite der Sozialismusdiskussion zum Tragen: Wir haben uns immer in einer Situation befunden, daß wir in einer Bevölkerung, welche die Länder des realen Sozialismus ablehnte, ja bekämpfte, trotzdem Sozialis-

mus-Propaganda betrieben. Ich will nicht alles aufdröseln, meine jedoch, daß auch unsere Partei eine Organisation ist, die zusammenfinden muß. Dazu gehört, daß wir unterschiedliche gesellschaftliche Biographien haben. Hans Heinz Holz sagt völlig zurecht: „Denn keiner hat sichere Rezepte in der Tasche, jeder Entwurf ist vorläufig. Und die Politik der Partei wird sich aus Vorstellungen und Willen der GenossInnen formen.“

Für Eure weitere Arbeit alles Gute und viel streitbare Diskussion.

**Peter Dürrbeck, Braunschweig**

Kurze Antwort Walter Floraths an den niedersächsischen DKP-Bezirksvorsitzenden: Angst und Haß hat das Kapital vor der Erinnerung der Leute in der DDR an den Sozialismus in der DDR. Das steht auch so in dem Artikel. Nirgendwo wird Kommunisten unterstellt, daß sie etwa Angst und Haß gegenüber der DDR empfinden.

\* \* \*

Eigentlich sollte der Brief gestern schon weggehen. Insofern gut, daß ich es nicht geschafft habe, denn heute kam „Rotfuchs“ und da kann ich gleich meine fast uneingeschränkte Befriedigung über die kleine Publikation zum Ausdruck bringen. Nur Ukraine usw. sehe ich nicht so euphorisch. Sehr gut und notwendig in „Rotfuchs“ z.B. der Text von Walter Florath. Die DDR muß offensiv verteidigt werden und wir müssen wegkommen von der auch in der UZ immer wieder zu beobachtenden Tendenz, sich für alles mögliche „zu entschuldigen“, so z.B. auch wieder in der Ausgabe vom 17. April bei der Besprechung des Buches „Unendliche Wende. Ein Streitgespräch“ (Kant/Zwerenz). Da heißt es: „Zwerenz verließ die DDR unter dem Druck schroffer Maßregelung. Kant dagegen ... glaubte an eine allmähliche Behebung der bevormundenden Zwänge staatlicher Obrigkeit - und irrte. Denn genau an diesen mußte die DDR schließlich zerbrechen“. Es ist hier nicht der Platz, das Thema zu vertiefen - aber wenn ich heute sehe, daß Zwerenz „bekenner Antikommunist“ ist, dann haben die Genossen damals vermutlich nicht so unrecht gehabt. Und ich möchte nicht wissen, wie viele geduldige Diskussionen mit Zwerenz geführt worden sind, bevor es zum Bruch kam. Fehlt bloß noch, daß ich demnächst in der UZ lese, der Herr Biermann sei ein Opfer „schroffer Maßregelungen“ geworden.

Euch alle guten Wünsche, vor allem auch für „Rotfuchs“, und solidarischen Gruß

**Rolf Vellay, Datteln**

\* \* \*

Herzlichen Dank für den „Rotfuchs“, der immer besser wird. Wir haben in unserer

gestrigen Mitgliederversammlung ausführlich über ihn gesprochen. Unsere Bitte: Könnt Ihr uns von der Nummer 3 noch 10 Exemplare schicken zum 8. Mai? Von den künftigen Nummern hätten wir gerne immer 10 Exemplare.

Alles Gute dem „Rotfuchs“ und seinen Vätern.

**Gerhard Müller, Neubrandenburg**

\* \* \*

Meinen Dank für die „Rotfuchse“, die vorgestern bei mir angekommen sind. Ich werde noch schreiben, was ich dazu denke - jetzt nur kurz: Mir gefällt natürlich besonders der klare Standpunkt zur DDR als dem Besten, was die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung erkämpft hat. Und daß wir hier im Westen mit seinem jahrzehntelang eingepfiffen und tief verankerten Antikommunismus anders als Ihr noch ziemlich allein dastehen - aber was soll's. Der Artikel zu der Veranstaltung mit Inge hat mir auch gefallen.

Einen schönen 1. Mai und ebenso einen Tag des Sieges und der Befreiung wünscht Euch

**Werner Hoppe, Hamburg**

\* \* \*

Zunächst meinen herzlichen Glückwunsch zum 80. Geburtstag des Genossen Karl-Eduard von Schnitzler. Wie recht hatte er in seinem „Schwarzen Kanal“ zu DDR-Zeiten über den ausbeuterischen Charakter des Imperialismus. Nach der sogenannten Wende haben es viele DDR-Bürger am eigenen Leibe erfahren, was Arbeitslosigkeit, Mietwucher, Sozialabbau usw. bedeuten. Die Zusammenhänge liegen im Privateigentum an Produktionsmitteln, das es in der DDR nicht gab, trotz mancher Unzulänglichkeiten, die aber im Vergleich zu den kapitalistischen Mißständen gering sind.

**Joachim Kaschig, Berlin-Kreuzberg**

\* \* \*

„Wer heute die Lüge und Unwissenheit bekämpfen und die Wahrheit schreiben will, hat zumindest fünf Schwierigkeiten zu überwinden. Er muß den Mut haben, die Wahrheit zu schreiben, obwohl sie allenthalben unterdrückt wird; die Klugheit, sie zu erkennen, obwohl sie allenthalben verhüllt wird; die Kunst, sie handhabbar zu machen als eine Waffe; das Urteil, jene auszuwählen, in deren Händen sie wirksam wird; die List, sie unter diesen zu verbreiten.“

Nie hätte ich geglaubt, daß das Wort Bert Brechts wieder eine so große Bedeutung

erlangt Ihr habt mit „RotFuchs“ das einzig Richtige getan. Wie wohlthuend ist Euer parteiliches Engagement. Ich wünsche Euch weiter viel Erfolg bei Eurem schwierigen, aber so notwendigen Tun.

Gretel Neumann, Dresden

\* \* \*

Ich bedanke mich für die Zeitung „RotFuchs“. Ich bin überzeugt, daß Eure Zeitung mit interessanten Artikeln dazu beitragen wird, unsere Politik einem großen Kreis näher zu bringen. Ich wünsche Euch weiterhin Erfolg und genügend Kraft, um an den Pfeilern dieses Gesellschaftssystems kräftig kratzen zu können. Anbei 20,00 Mark.

Hans Kopistecki, Frankfurt/O.

\* \* \*

Wir bedanken uns für die Übersendung der letzten Ausgabe des „Rotfuchs“, die wir für sehr gelungen halten. Anbei eine kleine Spende von 10.00 DM.

Alfred Wagner, Berlin

\* \* \*

Herzlich bedanken möchte ich mich für die regelmäßige Zusendung des „RotFuchs“. Die Zeitung geht hier bei den Genossen von Hand zu Hand.

Ich möchte nur sagen, wenn ich Eure und unsere Problemstellungen vergleiche, habe ich oft den Eindruck, daß wir trotz vollkommener Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen und auch trotz der Tatsache, daß wir heute keine „Mauer“ mehr haben, in zwei verschiedenen Staaten leben.

Hier bei uns ist die PDS nur ein kleiner Haufen, der - statt Wahlkampf zu machen - sich gegenseitig zerfleischt. Angebliche „Stalinisten“ gegen Trotzlisten, Maoisten gegen Demokratische Sozialisten usw., usw. Es ist kein Spaß. Hier in Baden-Württemberg gibt es in der „Partei des Demokrati-

schen Sozialismus“ sogar noch eine „Plattform Demokratischer Sozialismus“. Die dominierende Partei in Arbeiter- und Angestelltenkreisen, die nun mal unsere Hauptansprechpartner sind, ist unzweifelhaft die SPD. Zwischen Gewerkschaftsbürokratie und SPD-Führung gibt es eine Personalunion. Das zeigte sich besonders wieder am 1. Mai. Die Mai-Manifestationen des DGB waren weitgehend Wahlveranstaltungen für Schröder. Alle versuchen jetzt, unsere Partei zu umgarnen und zu vereinnahmen. Angeblich kommt es bei den bevorstehenden Bundestagswahlen auf jede Stimme an. Das geht soweit, daß man in der DGB-Maizeitung sogar einen Artikel von uns und zwei Fotos von mir veröffentlicht hat.

Am 18. Juni, also noch vor der Bundestagswahl, findet übrigens hier in Esslingen eine Veranstaltung zum 160. Geburtstag des „Roten Feldpostmeisters“ und großen Sohnes der Stadt Julius Motteler statt. Bei ihr sprechen u. a. Dr. Dieter Pellmann, Vorsitzender der PDS Leipzig, und Karl-Heinz Reinhardt, Vorsitzender der DKP Leipzig, sowie ein Vertreter unserer Kreisorganisation.

**Helmut Carduck, Filderstadt**  
Kreisvorsitzender der DKP Neckar-Fils

\* \* \*

Dank für die Übersendung Eurer Zeitung „Rotfuchs“. Wir haben sie mit großem Interesse gelesen und senden Euch ab jetzt 14-tägig unsere „Rote Spindel“. Wir bleiben in Verbindung.

**Heinz und Lisl Deymann, Nordhorn**  
(Heinz ist Ehrenratsherr der Stadt Nordhorn, Lisl Ehrenkreistagsabgeordnete der Grafschaft Bentheim)

**Auflösung des Rätsels aus Nr.3**

Es handelt sich um einen Auszug aus dem Brief Theodor Storms an Friedrich Eggerts vom 16. August 1867.

Quelle: Theodor Storm Werke, Aufbau Verlag Berlin/Weimar 1986, Band 1, S. 73  
Der Gewinner des Rätsels ist Wolfhard Fleischer aus Berlin-Tiergarten. Er erhält ein Jahres-Freibonnement des „Rotfuchs“.

## Bekundet Eure Solidarität durch Briefe an die Opfer politischer Verfolgung

**Gerda Klabbuhn**

JASF Bereich Reinickendorf  
Ollenhauerstraße 128

**Klaus-Dieter Baumgarten**

JVA Düppel  
Straße 518 Nr. 2  
14163 Berlin

**Heinz Keßler**

JVANiederneuendorfer Allee 140-150  
13587 Berlin

**Karl Leonhardt**

JVA Hakenfelde  
Niederneuendorfer Allee 140-150  
13587 Berlin

**Erich Gaida**

JVA Moabit  
Alt-Moabit 12A,  
10559 Berlin

**Gerhard Lorenz**

JVA Niederneuendorfer Allee 140-150  
13587 Berlin

**Rainer Rupp**

JVA, Lerchenflurweg 37,  
66119 Saarbrücken

**Klaus Kuron**

(an Familie schreiben)  
Kurfürstenweg 21  
50259 Pullheim

**Ulrich Steinmann**

(an Familie schreiben)  
Fontainengraben 42  
53123 Bonn

**Dieter Teichmann**

JVA Brandenburg  
Anton-Saefkow-Allee 22  
14772 Brandenburg

**Heinz-Ottomar Thieme**

JVA am Sandberg 11  
06295 Volkstätt

**Geldspenden können überwiesen werden an das Solidaritätskomitee für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland:**

Konto-Nr. 0208342211  
beider CITIBANK  
BLZ 30020900

### Wir lassen angeklagte Antifaschisten nicht allein!

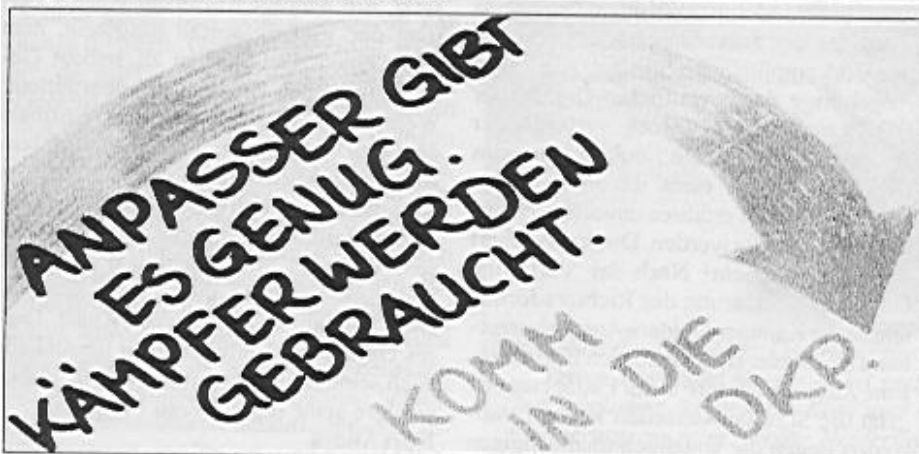
Prozesstermine vor dem Landgericht, Turmstraße:

Angehör. d. Ministeriums f. Nat. Verteidg.:  
29.5., 9.6., 23.6., 30.6., 10.7., jeweils 9.00 Uhr im Saal 500

Trainer und Sportärzte: 27.5., 3.6., 8.6., 15.6., 17.6., 22.6., 1.7., jeweils 9.00 Uhr im Saal 105

Oberst Erich Gaida: 28.5., 23.6., 25.6., 30.6., jeweils 9.00 Uhr im Saal 736

Juristen Kadgien u. a.: 3.6., 15.6., jeweils 9.00 Uhr im Saal 700



### Gerda Klabuhn aus dem Knast:

## „Ich warte schon auf den nächsten ‘Rotfuchs’,“

„... hab ich doch den Umschlag Eures Briefes aufgemacht und ein ‘Rotfuchs’ ist entwischt. Er hatte sich in dem Riesenberg von Briefen an mich versteckt und hat sein freches Schnäuzchen rausgucken lassen ... aber, daß ich ihn heute in der Hand halte, besitzt ja schon fast Symbolkraft. (Gerdas Brief ist vom 1. Mai) ... Besonders gefallen haben mir zwei Dinge: Der Bericht zu Erich Gaida, an den ich den ganzen Tag über denken mußte, und die Zitate von und zu Herwegh und Branstner ... Ich warte schon auf den nächsten ‘Rotfuchs’ im Mai ...“

Gerda Klabuhn ist nach ihrer „irrtümlichen“ Festnahme auf offener Straße nun schon fast zwei Monate (als bisher einzige Frau) im Strafvollzug der Klassenjustiz. Auch die Verlegung der 72jährigen DDR-Juristin in den sogenannten offenen Vollzug hat noch keine wesentliche Erleichterung der Bedin-

gungen für sie ergeben. Über einen möglichen Freigang ist noch nichts bestimmt worden. Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts unter Leitung der SPD-Politikerin Jutta Limbach, das die Verfassungsbeschwerde der Verurteilten zurückwies, wurde die Rechtsbeugung gegen Gerda Klabuhn durch die Instanzgerichte der BRD einschließlich der Strafart sanktioniert. Damit sind die juristischen Möglichkeiten im Inland erschöpft. Durch verschiedene Hilfsorganisationen und deren Rechtsanwälte sollte nun geprüft werden, ob wirklich alle gesetzlichen Möglichkeiten genügend in Anspruch genommen worden sind, um Haft erleichterungen für die politisch Inhaftierten zu erreichen. Das betrifft besonders auch die gesundheitliche Versorgung. Gerda Klabuhn hat nach einer Augenoperation die dringend notwendige neue Brille noch immer nicht erhalten können.

In ihrem herzlichen Brief bittet uns Gerda: „... Ihr würdet mir einen großen Gefallen tun, wenn Ihr im nächsten ‘Rotfuchs’ allen jenen meinen Dank übermitteln könntet, die

mir ihre Solidarität und Verbundenheit bekundet haben. Allen, die mir in meiner nicht einfachen Zeit zur Seite standen und stehen“.

Eine Bitte, der wir gern nachkommen.

K.A.



### An der Seite des standhaften Offiziers

## Freiheit für Erich Gaida!

Nach fast 18 Monaten Untersuchungshaft wurde am 30. April die Anklage gegen Erich Gaida (69), Oberst a.D. im MfS der DDR erhoben. Dem laueren Mann wird „Veruntreuung zum Nachteil sozialistischen Eigentums“ unterstellt. Ein grotesker Kriminalisierungsversuch, den der Staat der deutschen Monopole hier unternimmt. Der bekannte Jurist Prof. Dr. Erich Buchholz - einst Direktor des Instituts für Strafrecht der Berliner Humboldt-Universität - verglich das Niveau der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft mit den DDR-Anforderungen an eine studentische Diplomarbeit. Jeder, der sie ihm vorgelegt hätte, wäre damit zwangsläufig durchgefallen. Die Anklage setzt Behauptungen an die Stelle von Beweisen. Die Beweise aber bleiben ungenannt. Vorwürfe werden erhoben, die einer Vorverurteilung gleichkommen.

Der Prozeß selbst spottet jeder Beschreibung: So erhält die Frau Staatsanwältin vom Verteidiger RA Jürgen Strahl Nachhilfe in Sachen „geheime Dienste“: Er macht ihr den Unterschied zwischen einer Deckadresse und einer konspirativen Wohnung klar, sagt ihr, wofür die Abwehr Geld gebraucht habe und was „Devisenausländer“

seien. Man stellt sich unwillkürlich die Frage, wie gründlich sich die Anklage auf den Prozeß vorbereitet hat, wenn ihr nicht einmal die devisenrechtlichen Bestimmungen der DDR hinreichend bekannt sind. Die Vermutung liegt nahe, daß man auch in diesem Verfahren zur Verurteilung des Angeklagten bereits entschlossen ist, bevor dessen Schuld überhaupt zutage liegt. Dieser Verdacht erhärtet sich nur, wenn man in der Verhandlung erfährt, daß der beisitzende Richter Jordan von Erich Gaida als befangen abgelehnt werden muß, weil er in einem anderen politischen Prozeß als Vertreter der Staatsanwaltschaft fungiert und dort empfindliche Strafanträge gegen Angehörige der bewaffneten Organe der DDR gestellt hat. Mit Recht verlangte der angeklagte Offizier die Neubesetzung des Gerichts, weil er nicht davon ausgehen kann, in seinem Verfahren unvoreingenommen behandelt zu werden. Doch was schert das dieses Gericht! Nach der Verlesung einer Diensterklärung des Richters Jordan lehnte die Kammer Gaidars Antrag kurzerhand ab. Dieser erhob natürlich Einspruch. Eine Zuhörerin fragte in der Pause empört: „Hat die Staatsanwaltschaft II etwa Mißtrauen gegen die angeblich unabhängigen

Richter, daß sie sogar ihre eigenen Leute einbauen muß?“

Ich ziehe meinen Hut vor Erich Gaida, der trotz vorgerückten Alters und angeschlagener Gesundheit würdevoll und unbeugsam, im festen Bewußtsein, gegenüber seinem sozialistischen Staat keinerlei Schuld auf sich geladen zu haben, diesen eigens zu seiner Kriminalisierung initiierten Prozeß über sich ergehen läßt.

Am 23. Juni wird Genosse Gaida 70 Jahre alt. Die Justiz „ehrt“ ihn auf ihre Art. Auch für diesen Tag hat sie eine Verhandlung angesetzt. Auf Anfrage wurde mir von der Leitung der Vollzugsanstalt mitgeteilt, man dürfe einem Gefangenen zu seinem Geburtstag keinen Blumengruß übermitteln. Wenn das Menschlichste, das Normale demnach verboten ist, werden wir unserem aufrechten Mitstreiter - dem standhaften Kommunisten Erich Gaida - am 23. Juni unsere Reverenz auf anderen Wegen erweisen: Wir sind im Gerichtssaal an seiner Seite und schicken ihm unsere schriftlichen Solidaritätsgrüße in den Knast. Dieses Gefühl der Verbundenheit umschließt auch seine schwerkgeprüfte Familie, insbesondere seine tapfere Frau Margitta.

Kurt Andrä

# Hut ab vor IM-Heinrich!

*Der Schriftsteller Erich Köhler aus Alt Zauche hat sich an „Rotfuchs“ gewandt. Wir drucken im Folgenden seinen Brief und eine Wortmeldung, die anderenorts kaum erschienen ist.*

Genossen, mir liegt Eure Ausgabe 3 vom April 98 vor. Angetan! Besonders wertvoll Schnitzlers Mahnung an kommunistische Propagandisten, bei DDR-Betrachtung nicht immer mit der Kritik an ... „Fehlern und sogar Verbrechen“ ... des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden anzufangen, sondern die Errungenschaften und Erfahrungswerte herauszuarbeiten. Gleichmaßen wertvoll das Zitat aus Inge Viett: „Die Linken im Westen haben keinen Begriff davon, wie schwer ihr Mangel an Erfahrungen mit der sozialistischen Realität wiegt.“

Anliegend sende ich Euch meine Rede vor dem PEN-Zentrum (Ost) vom April 98. Die gleichgeschaltete „freie“ Bürgerpresse druckt das nicht. Leider sieht auch ND-Oschmann ... „keine Möglichkeit“, diese WORTMELDUNG abzudrucken. UZ reagiert überhaupt nicht. Unser Lausitzer „Kleines Blatt“ ist zu schmal, um das einzurücken. ... Werdet Ihr den Nerv haben, den Text nach Berlin „überzubringen“, wo er naturgemäß hingehört?

Freundliche Grüße

Erich Köhler

## Wortmeldung

Zur Tagung des P.E.N. (Ost), Berlin, 3.-4. April 1998

Palmström nimmt Papier aus einem Schube und verteilt es kunstvoll in der Stube und nachdem er Kugeln draus gemacht und verteilt die Kugeln kunstvoll so, zur Nacht daß er, wenn er plötzlich nachts erwacht, die Kugeln knistern hört, und ihn ein heimlich Grugeln packt. Daß ihn dann so, zur Nacht, ein Grugeln packt, zum Spuk der packpapierernen Kugeln

Geschätzte Poeten, Essayisten, Novellisten, in der Annahme, daß ein PEN-Zentrum keine Ansammlung von Hylikern ist, könnte ich es so mit Christian Morgenstern bewenden lassen. In der Annahme, daß diese Annahme zu generös wäre, beschließe ich das Forschungs- und Entwicklungsthema IM-Heinrich mit dieser Stellungnahme:

In der internationalen Pen-Charta steht nicht, daß ehemalige Stasi-Tätigkeit spektakulär offengelegt, und damit das Treiben rezenter Dienste gedeckelt werden soll. Als ich in das Zentrum (Ost) aufgenommen

wurde, gab es die DDR nicht mehr. Das MfS war aufgelöst.

Der auf mich zielende Berichtsteil befindet: „Köhler lehnt die Tätigkeit des Ehrenrates ab ...“. Die restliche Satzkonstruktion hängt mir Selbststilisierung an. Wer meine literarischen Sujets kennt, kann mir zubilligen, daß ich auf Stilisierung außerhalb derselben nicht angewiesen bin. Den Ehrenrat lehne ich ab, weil dieser sich, wie aus dem Bericht hervorgeht, einseitig kapriziert.

Deutsche Spuklandschaft hatte einen geteilten Himmel, dann ging durch die Erde ein Riß, schließlich entstanden Risse im Eis. Heute gibt es nur noch blühende Landschaften. Sollte ich der Grund sein, daß zwei deutsche PEN-Zentren nicht zusammenwachsen dürfen, so fände ich das hirn-rissig. Hysterische Entrüstung gegenüber der verschämten DDR-Staatssicherheit bei apathischer Hinnahme unverschämter öffentlicher Lauschangriffe in heutiger Landschaft, das überzeugt mich keines Besseren.

Alle Mühe, die D-Mark-Wende in eine Revolution umzudeuten, täuscht nicht darüber hinweg, daß wir gesamtdeutsch in einer Reaktionsperiode angekommen sind. Diese beschreibe ich mit einem Sarkasmus: Stasi-Geschrei hinten, Stasi-Geschrei vorn, dazwischen Arbeitsabbau, Sozialabbau, Kulturabbau, Solidarabbau, Aushöhlung des Grundgesetzes, Kriminalisierung politischer Gegner und, eifrig baggatellisiert, Naziträume in der Bundeswehr.

Ich habe den Komplex: „Heinrich, mir graut vor dir!“, der ja die Gretchenfrage: „Wie hältst du's mit der Religion?“ voraussetzt, mit einer „Schutzred“ und der Blasmagorie „Hupf“ bezeugt. Beide Texte wurden mit Ignoranz abgetan.

Deshalb fasse ich noch einmal zusammen: Ich sah in der DDR die schutzwürdige Alternative zur bisherigen deutschen Gesellschaft. Die Doktrin vom Unrechtsstaat DDR trage ich nicht mit. Niemand kann an IM-Heinrich einen persönlichen Karriere-Knick reklamieren. Wenn es mich nicht verdrösse, könnte ich diese Tatsache mit mehreren Exempeln schriftlich vorweisen. Das Ausmaß an konkurrenzmotivierter Verwüstung und geistiger Verelendung in den deutschen Ostprovinzen nach dem Einrücken der West-Besatzungsmacht, das ich vorausgesehen habe, setzt mich ins Recht.

In der DDR wurden keine Kindergärten entsorgt, keine Theater geschlossen, keine Bibliotheken dichtgemacht und keine Bücher auf den Müll geworfen.

Mir wurde nahegelegt, „freiwillig“ aus dem PEN auszuscheiden. Mit der Entfernung von Menschen aus Akademien und ähnlichen Kultureinrichtungen hat man in Deutschland tausendjährige Erfahrungen.

Die seligmachende Kirche brachte es auf einen Index verbotener Bücher. Die gutbezahlten Zuarbeiter für die Gauck-Behörde brachten es auf einen dicken Katalog von Unpersonen. Wenn etwas gegen den Geist der PEN-Charta verstößt, dann inquisitorische Umtriebigkeit noch über deren Geltungsbereich hinaus.

Die deutsche politische Klasse leidet. Es mangelt an Vorzeige-IM. Gregor Gysi ist keiner, Manfred Stolpe ist keiner, selbst aus der Akte des Herrn Gauck sind, wie man liest, ein paar Seiten verschwunden. Deutsche PEN-Zentristen sind demgegenüber, dank IM-Heinrich, in einer geradezu komfortablen Lage. Sollte eine Mehrheit in dieser Assoziation dem Wunsche einiger Hyberboliker nach einer Verschmelzung-Morgengabe nachgeben wollen, so wäre es elegant, den demokratischen Schein zu wahren und mich abzuwählen. Das wäre dann immer noch eine Handlung unter erpresserischen Umständen.

Um Kolportagen entgegenzutreten, behalte ich mir vor, diese Stellungnahme zu veröffentlichen.

**Keiner ist vergessen:**

## Ein Gruß an Willi Stoph

Wir waren, wie jedes Jahr, am 8. Mai mit Blumen am Ehrenmal in Schönholz, um derer zu gedenken, die ihr Leben für unsere Befreiung vom Faschismus gegeben haben. Dank und Wehmut empfindet man an so einem Tag. Aber auch der Gedanke stellt sich ein, daß vieles Kostbare in Vergessenheit zu geraten droht. Ich denke dabei an die Errungenschaften der DDR, die den meisten von uns schon so selbstverständlich schienen. Jeder kennt sie genauso gut wie ich. Dazu gehören aber auch die Menschen, die ihr Leben und ihre Gesundheit beim friedlichen Aufbau nie geschont haben. Ihr Anteil an dem Guten, Lebens- und Liebenswertem in der DDR war weit größer, als die Fehler, die sie begingen. Mitunter verlieren wir einiges etwas aus dem Blickfeld. Aber vergessen sind sie deshalb auf keinen Fall.

Vor einiger Zeit brachten wir Willi Stoph, langjährig Vorsitzender des Ministerrates der DDR, einen Blumengruß. Er war verbunden mit unserem Versprechen, im Kampf für eine bessere Gesellschaft nicht nachzulassen. Willi Stoph ist sehr krank, umso mehr braucht er die Gewißheit, daß es jene gibt, welche die Sache fortsetzen werden, für die er gewirkt hat.

Am 9. Juli wird er 84 Jahre alt. „Rotfuchs“ ist gerne bereit, Grüße an den Jubilar weiterzuleiten.

Lena Andrä

**Prof. Heinz Kamnitzer,  
der Präsident des PEN-  
Zentrums DDR, schrieb  
das folgende Gedicht:**

## Die Deutsche Einheit

Wer	Doch
Glaubt	Alle haben
Die Einheit	Der Einheit
Der Nation	Und Nation
Bringe stets	Nicht Sicherheit
Segen	Gegeben
Liegt voll	Von Frieden
Daneben	Garnicht
	Zu reden
So	Sie führten
Hat man uns	Samt und anders
Schon immer	Volk
Angeschmiert	Und Vaterland
Und	In den Ruin
Über den Löffel	Es fehlte nicht
Balbiert	Viel
	Und Deutschland
Das Heilige	Wäre
Römische Reich	Auf immer
Deutscher Nation	Dahin
Ist	Wer
Ein Lügengewebe	Wissen will
Gewesen	Wieso
	Die grosse Sehnsucht
Welch blanker Hohn	Bisher
Das Monstrum	Zum Unheil
War	Ausgeschlagen
Weder heilig	Braucht nur
Noch römisch	Die Geschichte
Weder deutsch	Zu befragen
Oder	
Eine Nation	Für
	Die Obrigkeit
Das Kaiserreich	Waren
Von Bismarck	Einheit
Mit Blut und Eisen	Und Nation
Erkauft	Nur wert
Hat keine	Solange
Fünfzig Jahre	Dadurch
Gedauert	Ihr Besitz
	Geschützt
Und auch	Und
Die Republik	Sich vermehrt
Danach	Raffgier
War	Und Grössenwahn
Ein Einheitsstaat	Trieb sie an
Genauso	Bis
Wie	Alles
Das dritte Reich	Auf's Spiel
Darin	Gesetzt
Waren sie sich	So ist es
Gleich	Stets gewesen
	Doch wollte
	Die Welt
	Zuletzt
	Nic
	Am deutschen Wesen
	Genesen

## Am Rande bemerkt

□ Aus der französischen Emigration kommend, fand Clara Zetkin 1890 (nach dem Sturz Bismarcks und dem Fall des Sozialistengesetzes) eine Anstellung beim sozialdemokratischen Dietz-Verlag in Stuttgart. Unter anderem übersetzte sie für Dietz als eine ihrer ersten Arbeiten in Deutschland das damals berühmte Buch des nord-amerikanischen Schriftstellers **Edward Bellamy** (25.3.1850 bis 22.5.1898) „Ein Rückblick aus dem Jahr 2000 auf das Jahr 1887“. Sein 100. Todestag gibt Anlaß, auf den Autor und sein wichtigstes Werk hinzuweisen. Edward Bellamys utopischer Roman, in dem er das Bild einer sozialistischen Gesellschaft entwirft, war für die proletarische Bewegung in den USA und für die internationale sozialistische Literatur von großer Bedeutung. Clara Zetkin schrieb: „Wenngleich dem ‚Rückblick‘ die Tiefe und Schärfe des wissenschaftlichen Sozialismus fehlt, so ist das Buch doch reich an Anregungen, kritischen und fruchtbaren Gedanken über das Heute und Morgen der Gesellschaft. Der Wahrheitsmut, mit dem sich Bellamy über die Schäden der gegenwärtigen Ordnung der Dinge und namentlich ihre moralischen Folgen äußert, gewinnt ebenso wie der große sittliche, et-was nüchterne Ernst, mit dem er die überlegene Neuordnung der Gesellschaft schildert. ... Als Bellamys ‚Rückblick‘ in Deutschland bekannt wurde, lastete der letzte Druck des Sozialistengesetzes auf dem geistigen und politischen Leben der Arbeiterklasse. Mit Begeisterung ... nahm man damals jede Veröffentlichung auf, in der etwas vom Geiste des Sozialismus lebte und atmete.“ Auch Ernst Bloch erschien Bellamys „Malerei der Zukunftsgesellschaft“ bei aller Kritik sympathisch, sein „Sensationsroman“ sei „nicht ohne bewegliche sozialistische Phantasie“. Brauchen wir die nicht auch oder gerade heute wieder - 110 Jahre nach dem Erscheinen des immer noch lieferbaren Werkes? (Edward Bellamy, Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887, Reclam, Stuttgart 1983, UB Nr. 2660 - leider nur in der Übersetzung von Georg v. Gizycki, aber immerhin mit dem Vorwort Clara Zetkins zu „ihrer“ zweiten Ausgabe von 1914.)

□ Die Kraft der Schwachen, die undenkbar ist ohne das Zusammenfließen vieler Anstrengungen und das Wollen Gleichgesinnter, bedarf auch der Solidarität, die eigenes Wissen und Können vervielfacht. Die anscheinend Schwachen bilden in den Büchern von Anna Seghers (ihr letzter Erzählungszyklus trug den Titel: „Die Kraft der Schwachen“) die unerschöpflichen Reserven der proletarischen Revolution. Sie sind, in nie endender Kette, die Akteure der Geschichte, die Gegenspieler der Herrschenden - auch wenn ihnen dies selbst zu Beginn ihres Weges oft nicht bewußt ist. Mehrere der besten Filme des Fernsehens der DDR basieren auf Werke von Anna Seghers: „Jozia - Die Tochter der Delegierten“, „Das Schilfrohr“, „Der Mann und sein Name“, „Das wirkliche Blau“ - und „Die große Reise der Agathe Schweigert“ (nach

„Agathe Schweigert“, der ersten Erzählung aus dem Zyklus „Die Kraft der Schwachen“). Diesen Film von Joachim Kunert von 1972 konnte ich kürzlich wieder sehen, und er hat mich bewegt wie damals vor über 25 Jahren bei seiner Erstsending. Erzählt wird eine Geschichte voller Hoffen und Bangen, voller Sehnsucht und Qual, aber auch eine Geschichte der tätigen Hilfe einer großen Gemeinschaft für einen einzelnen. Agathe Schweigert (Helga Göring hier in einer ihrer überzeugendsten Rollen) ist aufgebrochen, um ihren Sohn zu finden. Er kämpft in Spanien bei den Internationalen Brigaden. Doch sie weiß davon vorerst nichts und erfährt erst auf ihrer großen Reise von seinen Freunden davon. „Helga Göring ist eine Schauspielerin, die Gedanken spielen kann, die immer wieder und unermüdet gearbeitet hat, wenn es galt, mit einem Blick, einer Geste oder durch eine Haltung innere Vorgänge erkennbar zu machen.“ Das sagte Joachim Kunert über seine Hauptdarstellerin, und Helga Göring selbst nannte die Agathe Schweigert ihre bis dahin schönste Rolle.

□ Von einer weiteren „Wiederentdeckung“ ist zu berichten: „**Unser Zeichen ist die Sonne**“ hieß ein dokumentarischer Fernseh-Mehrteiler über vier Jahrzehnte Freie Deutsche Jugend, der zwischen dem 20. März und dem 1. Mai 1984 an sieben Abenden gesendet wurde - insgesamt fast fünf Stunden. Rund 300 000 Filmmeter haben die Mitarbeiter eines großen Kollektivs in Archiven aufgespürt und gesichtet. 8 000 Meter wurden ausgewählt, chronologisch geordnet und montiert von Regisseuren wie Günter Wittenbecher, Johanna Kleberg oder Günter Seigewasser. Die Hauptlinie dieses dokumentarischen Meisterwerks ist die Kontinuität sozialistischer Friedenspolitik, der von Anfang an konsequent verfolgte Weg zum Frieden, basierend auf dem Freundschaftsbund mit der Sowjetunion und den sozialistischen Brudervölkern. Der ehemalige Armeegeneral und DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann schrieb anlässlich des Films: „Frieden durch Arbeit, durch Änderung der Verhältnisse, durch Mitarbeit aller - das war die uns alle bewegende Triebkraft, nachdem uns deutsche Kommunisten bereits im Juni 1945 gesagt hatten: ‚Jetzt gilt es, gründlich und für immer Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden.‘ ... Für das Auswahlprinzip war bedeutsam, daß nichts verlorengelassen, weder in der ehrlichen Rechenschaft über den schweren Anfang noch in der Dokumentation bedeutsamer Höhepunkte, die zugleich mit historischen Ereignissen beim Aufbau unseres sozialistischen Staates und einzigartigen Jugendinitiativen verknüpft waren.“ Daß Elke Schieber ein solches im besten Sinne lehrreiches Werk in einem 1996 erschienenen Buch über das DEFA-Dokumentarfilm-Schaffen als „regierungsamtlich bestellte Produktion ...“ abzuqualifizieren versucht, wird ROT-FUCHS-Leser nicht verwundern.

W. M.

## Reporterskizzen (I)

## Bei „Mohrs“ Urenkel zu Gast

Auf einem Empfang in der Pariser DDR-Botschaft Mitte Oktober 1984 wurde ich einem liebenswürdigen alten Herrn vorgestellt, dessen Eintreffen unter den übrigen Gästen Bewegung ausgelöst hatte. Es handelte sich um Robert Jean Longuet - den Urenkel von Karl Marx. Damals schon über 80, war er in Begleitung seiner deutschen Frau Christine erschienen. Von Haus aus Anwalt und Strafverteidiger, hatte er eine Zeitlang an der amerikanischen Rutgers University unterrichtet und danach als USA-Korrespondent für die kommunistische Zeitung „Ce Soir“ gearbeitet. Die letzten Jahre seines Berufslebens widmete Robert Jean Longuet dem Kampf gegen den Hunger in Afrika.

Wir sprachen eine Weile angeregt miteinander. Zum Abschied schrieb mir der alte Herr seine Adresse - Rue Cassini 8 im 14. Pariser Arrondissement - und seine Telefonnummer auf, da er gerade keine Visitenkarte bei sich hatte. Als ich ihn einige Wochen später anrief, lud uns die Hausfrau sofort zum Abendessen ein, gemeinsam mit dem UNESCO-Botschafter der CSSR.

Die Longuets bewohnen ein geräumiges Gartenhaus mit langer Geschichte - das einstige Domizil des bedeutenden Erzählers Honore de Balzac. Noch im Empfangszimmerchen überreichte mir Longuet eine französische Ausgabe seines Buches „Karl Marx - mein Urgroßvater“, das in viele Sprachen - darunter auch ins Deutsche - übertragen worden ist. Während der Vorarbeiten hatte er sich einige Wochen in der DDR aufgehalten und die Unterstützung des Berliner Instituts für Marxismus-Leninismus in Anspruch genommen. Die in das Buch geschriebene Widmung ist mir teuer: „Genossen Klaus Steiniger zur Erinnerung an seinen Besuch in der Rue Cassini mit meinen brüderlichen Gefühlen. Paris, den 3. November 1984. Robert Jean Longuet“ Beim Betreten des Salons - des Wohnzimmers - fiel mein erster Blick auf ein wunderschönes Ölgemälde. Das Gesicht der Frau schien mir vertraut. Zwei Worte und eine

Handbewegung genühten zur Erläuterung. „Meine Großmutter“, sagte Longuet mit Wärme und ohne jeden Anflug von Pathos oder Hochmut. Bewegt betrachtete ich Jennys Porträt. Marxens „Jennychen“, über die der große Lehrer des Proletariats geäußert hatte, sie sei ihm von seinen Töchtern

ihr vielleicht weißt, war mein Vater Jean Longuet - Karls Lieblingsenkel 'Jonny' - als einer der Führer der französischen Sozialisten und außenpolitischer Redakteur der 'Humanite' mit den russischen Emigranten aufs engste befreundet. Lenin ist bei uns aus- und eingegangen.“

Der Gastgeber, dessen Großvater Charles Longuet nicht nur mit Anatole France und Victor Hugo die Zeitung „La Rive Gauche“ herausgegeben, sondern auch in den Tagen der Pariser Commune das 248. Regiment der Nationalgarde befehligt hatte, teilte weitere Geheimnisse mit seinen Gästen. „Diesen Samowar dort“ - Longuet zeigte auf ein Prachtstück, das einen Ehrenplatz im Raum einnahm - „hat Lenins enger Mitstreiter Juri Stjeklow, übrigens später der erste Chefredakteur der 'Iswestija', meinem Vater geschenkt, bevor er 1905 zur Teilnahme am revolutionären Kampf nach Rußland zurückkehrte.“

Die Stunden mit Longuet - dem Urenkel des alten „Mohr“ - vergingen wie im Fluge. Noch heute steht mir der Abend deutlich vor Augen. Wieder in Berlin, erhielt ich wiederholt Post aus der Rue Cassini. Im

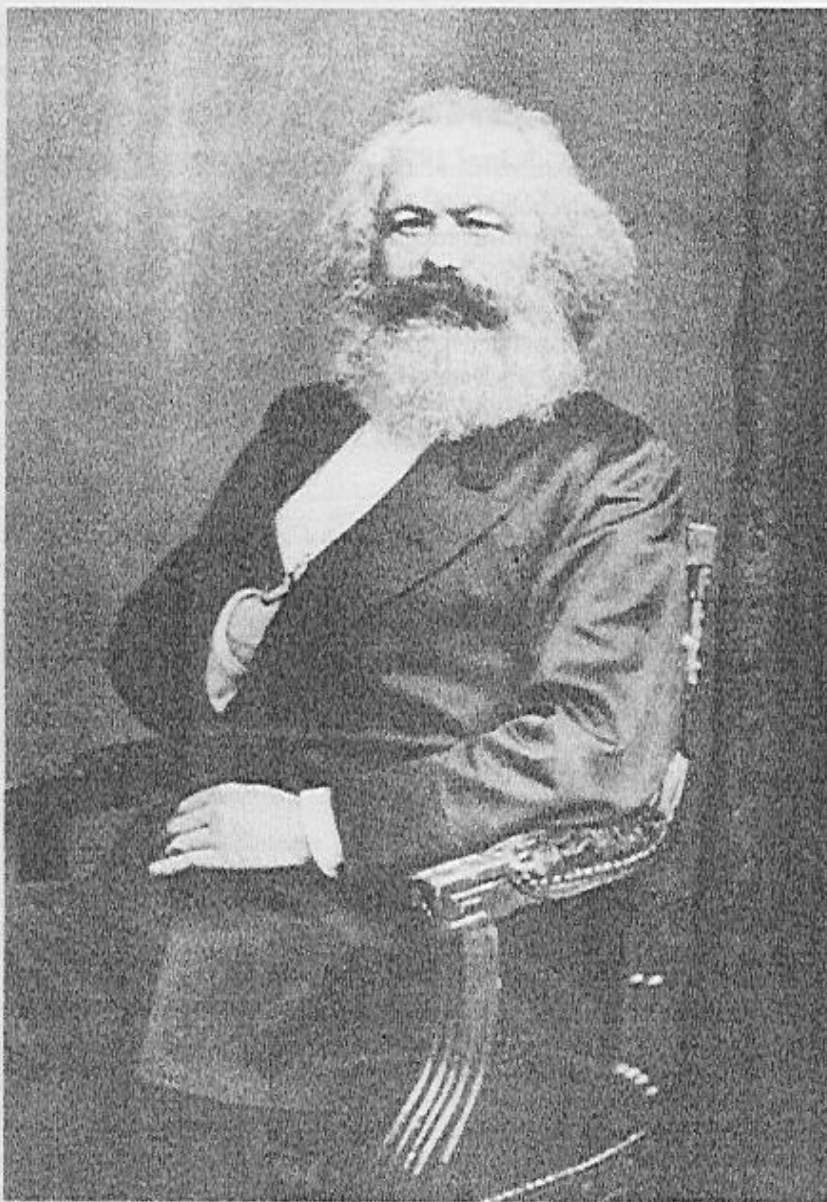
am ähnlichsten. Ihr früher Tod am 11. Januar 1883 hatte ihn so erschüttert, daß er sie nur um vier Monate überlebte

Frau Christine trug krossen Lambraten auf, die prächtigen Pokale wurden mit Wein gefüllt und unser Blitzausflug in die Geschichte ging weiter. Jedes erklärende Wort des Hausherrn zu den verschiedenen Gegenständen, die uns im kleinen Speisezimmer umgaben, besaß dabei Gewicht. „Aus diesen Gläsern, die ihr jetzt in Händen haltet, hat Lenin getrunken“, sagte Longuet, als wir anstießen. „Es sind Erbstücke. Wie

März 1987 starb der Marxist und Kommunist Longuet, der mir zu meiner Verblüffung einmal erzählt hatte, der FKP-Parteisekretär im 14. Arrondissement sei bei einem zufälligen Zusammentreffen beider „ganz erstaunt gewesen, daß ein veritabler Urenkel von Marx hier bei uns wohnt“

Die letzte Nachricht erreichte mich am 31.3.1987. Der Text von der Hand Christines war in deutsch abgefaßt. Sie dankte „für die Anteilnahme und die Robert Jeans Andenken gewidmeten Gedanken“.

Dr. Klaus Steiniger



## Herzliche Glückwünsche

Ihre Bescheidenheit und menschliche Wärme, ihr vertrauensvolles Zugehen auf andere, ihr scharfer Verstand, ihre Verlässlichkeit als Kommunistin und ihr unbeirrbares Einstehen für bewährte Prinzipien haben ihr einen festen Platz in unserem Parteikollektiv gesichert, zu dessen Leitung sie gehört. Die DKP Berlin Nordost gratuliert der Genossin

### Dr. Annemarie Mühlefeldt

von ganzem Herzen zu ihrem 70. Geburtstag am 4. Juni 1998 und wünscht ihr Gesundheit, Glück und Kraft an der Seite unseres Genossen Frank.

Herzlich gratuliert der Gruppenvorstand unseren Geburtstagskindern Marianne und Jochen, die im Juni ein neues Lebensjahr beginnen.

## In eigener Sache

Herzlich dankt die Redaktion für den weiter anhaltenden Zustrom von Zuschriften und Spenden. Wir sind auf beides dringend angewiesen, da das „Hinterland“ unserer kleinen Zeitung nur eine Berliner Parteigruppe ist. In Anbetracht des rasch wachsenden und unsere Region weit überschreitenden Interesses am „Rotfuchs“ werden wir auch in Zukunft bestrebt sein, die in uns gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Briefmarken und Kleinspenden bitten wir Genossen Kurt Andrä direkt zu übersenden, Artikel sollten an die im Impressum genannte Adresse gerichtet werden.

Redaktion „Rotfuchs“

Für alle Internet-Surfer! Beiträge aus dem RotFuchs können unter der Webseite <http://ourworld.compuserve.com/homepages/dkpn/b/Inno.htm> abgerufen werden. Die Redaktion

Wir bedanken uns herzlich bei dem Berliner Grafiker Arno Fleischer für den Rotfuchs, der ab sofort unser Impressum ziert!

## IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Berlin-Nordost

VSdP, Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

Layout: K. Uwe Langer

Ständige Mitarbeiter:

Lena und Kurt Andä, Harry Schmitt

Walter Florath, Wolfgang Metzger

Karl-Eduard v. Schmidt

Die in räumlich gekennzeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

# TERMINE & VERANSTALTUNGEN

*Achtung, Genossen und Freunde!*

## Bezirksmitgliederversammlung der DKP Berlin

am 6. Juni 1998 um 10.30 Uhr im Haus am Franz-Mehring-Platz 1.  
Thema: Auswertung des 14. Parteitages

### Terminverlegung

Die Veranstaltung „Wahlen 98: Müllers im Gespräch“ mit MdB Manfred Müller (parteilos), Brigitte Müller (DKP), Prof. Hanfried Müller (Weißenseer Blätter) und Prof. Fred Müller (PDS) ist auf den

**9. Juni 1998, 19.00 Uhr/Franz-Mehring-Platz 1, Raum 306**

verschoben worden, da der Bundestagsabgeordnete am 20. Mai einer anderen Verpflichtung nachgehen mußte.

Wir hoffen auf regen Besuch und eine faire, sachliche Diskussion zwischen unterschiedlich denkenden Linken.

Mitgliederversammlung der Gruppe Nordost  
am 23. Juni, 19.00 Uhr im Parteilokal

### Vorankündigung

Für Juli planen wir eine Diskussionsveranstaltung mit Dr. Kurt Gossweiler über sein Buch „Wider den Revisionismus“. Es wird im Juni-„Rotfuchs“ rechtzeitig eingeladen. Vermutlicher Termin: 28. 7. 98, 19.00 Uhr



*Die bürgerlichen Medien auf der Suche nach saubereren Argumenten*